

Zeitschrift: Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern
Herausgeber: Historischer Verein des Kantons Bern
Band: 37 (1943-1944)
Heft: 1

Artikel: Das bernische Patriziat und die Regeneration
Autor: Gruner, Erich
Kapitel: VII: Die Wahlen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-370969>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

die Jungen rufen laut aus, wenn jemand verwirft.»¹⁰⁴⁾ Ein anderer hält fest: «Während wir unser „Ja“ stimmen, werden wir von den Patriziern scharf ins Auge gefasst, unsere Namen notiert.»¹⁰⁵⁾ Karl Ludwig Stettler gab seinem Gärtner Geld, um in der Könizer Kirche gegen die Verfassung zu stimmen.

Auf diese Weise wurde die Verfassung mit 27802 gegen 2153 Stimmen angenommen. Nur ein Drittel der Stimmberechtigten hatte sich beteiligt. Er hatte für die andern zwei Drittel entschieden. Wie hätten sich diese zwei Drittel verhalten, wenn sie gezwungen gewesen wären, an der Abstimmung teilzunehmen? Man darf annehmen, dass dieser grössere Teil des Bernervolkes damals mit der alten Verfassung zufrieden war. Auch späterhin blieb diese Mehrheit politisch passiv. Es war die grosse Aufgabe der neuen Machthaber, diese Unentschiedenen politisch zu erziehen und zur Mitarbeit am Staat heranzubilden. Diese Aufgabe gehört wesensgemäss zur demokratischen Staatsform. Nur so ist eine Demokratie im wahren Sinne des Wortes möglich, eine Volksherrschaft, die nicht zur Gewalt-herrschaft ausartet.

Fraglich war jetzt noch, wie sich die Patrizier zum neuen Staate verhalten würden. Da sie die Verfassung verworfen und sich in vielen Dingen mit den Liberalen verfeindet hatten, so erschien eine Allianz mit den neuen Regenten unmöglich.

Durfte sich ein Patrizier dem demokratischen Staate widmen, ohne seine Grundsätze zu verleugnen und gegen die Standesehre zu verstossen? Wünschten die Liberalen überhaupt die Mitarbeit des Patriziats in den neuen Behörden?

VII. Die Wahlen

1. Die Absichten der Liberalen

Wollten die künftigen Machthaber eine Mitwirkung ihrer politischen Gegner? Im liberalen Lager scheint man sich darüber selbst nicht einig gewesen zu sein. Es gab eine Reihe freier und selbstdenkender Liberaler, denen die Mitarbeit des Patriziats erwünscht war. Unter sie darf man sicher Ludwig Schnell und Prof. Samuel Schnell sowie des ersteren Schwiegersohn, Eduard Bloesch von Biel, zählen. Die beiden Schnell waren übrigens mit Patrizierinnen verheiratet und verehrten das Patriziat. Sie wollten die Überlieferung nicht abreissen lassen. Ludwig versuchte durch seinen

Schwiegervater, den Ratsherrn Gatschet, Einfluss auszuüben. Dieser war aber wie sein Bruder, Oberst Gatschet, ein eifriger Ultra und hatte nach dem 13. Januar allen Verkehr mit der Familie seines Schwiegersohnes abgebrochen. Versöhnend liess auch der liberale Forstmeister Kasthofer seine Stimme ertönen. Ein «Verfassungsrat vom Lande» richtete, ohne seinen Namen anzugeben, «an seine Mitcollegen, die Verfassungsräte vom Lande», einen warmen Aufruf: «Nehmen wir von der alten Regierung viele tüchtige Mitglieder wieder auf, wenn sie schon nicht ganz dem neuen System der Verfassung beistimmen. Seien wir die Ersten, die der Hauptstadt die Hand zur herzlichen Versöhnung, zur brüderlichen Vereinigung darreichen. Sie wird, sie kann sie nicht ausschlagen.»¹⁾

Anders als die Versöhnlichen sprachen die strengen Verfechter der Demokratie. Ihnen ging es um den Besitz der Macht. Sie wollten, vom Volk gewählt, ungehindert regieren. Den Patriziern wollten sie nur so weit Raum gönnen, als diese sich dem neuen Staat unbedingt anschliessen würden. In einer Spottschrift auf den Führer der Ultra, die, Name und Amt des betreffenden Patriziers verulkend, «Der Muckelmeister von Sehralt» heisst, ruft der Verfasser: «Viele Patrizier sind uns persönlich sehr teuer und mit Recht hochgeachtet. Aber wir missbilligen das Patriziat als Herrenzunft.» Auch Karl Schnell griff in den Kampf ein. In seinem Schriftchen «Hüte Dich, oh Volk, vor den Wölfen im Schafspelz» warnt er vor den «Stockaristokraten, deren Vorrechte aus Ehrgeiz, Hochmut, Habsucht, Neid und Eigennutz stammen». Dagegen ist ihm eine Unterstützung durch die «talentvollen, fähigen Patrizier» willkommen. Aber «sie sollen sich bequemen, die Wahl in die Regierung den Staatsbürgern statt sich selbst zu verdanken». Gebt eure Privilegien preis, unterwerft euch den neuen Ideen! So argumentierte man im Lager der neuen Machthaber.

Die Art und Weise, wie die Wahlen durchgeführt wurden, beweist schliesslich am besten, dass es den Liberalen nicht darum zu tun war, die Patrizier aus Freundschaft in den neuen Behörden aufzunehmen. Sie wünschten, im neuen Grossen Rate eine liberale Mehrheit zu sehen. Patrizier sollten nur so weit darin Platz finden, als sie dem neuen Regimente Nutzen bringen konnten, und als sie den «Grundsätzen unserer Verfassung aufrichtig und wahrhaft zusetzen» waren.²⁾ Deshalb wurde der schon früher erwähnte 43. Paragraph der Verfassung geschaffen. Dadurch sollte verhindert werden, dass mehr als ein Drittel der Mitglieder des Grossen Rates in Bern ansässig sei.

2. Wahlen und Nachwahlen

Die Resultate des ersten Wahlganges vom 25. August zeugen dafür, dass die Wahlen von den Liberalen nach ihren politischen Zielen gelenkt wurden. Die zwei den neuen Machthabern ganz ergebenen Ratsherren Tscharner und von Lerber wurden in 14 und in 12 Bezirken gleichzeitig gewählt, und zwar so, dass in jedem der 22 deutschsprachigen Oberämter der eine oder der andere erkoren wurde.* Neben ihnen fiel die Wahl auf wenige andere den Liberalen ergebene Patrizier, so auf den Oberamtmann Otth (Büren), auf den Ratsherrn Bürki (Schwarzenburg, Signau und Obersimmental), auf Emanuel Fellenberg (in Konolfingen) und seinen Sohn Wilhelm Fellenberg (in Fraubrunnen); ferner auf Anton von Tillier (in Bern-Stadt, Burgdorf und Niedersimmental), Staatsschreiber May (in Thun und Bern-Stadt) und Karl von Tavel (in der Stadt Bern). Patrizier, welche die Verfassung verworfen hatten, wurden beinahe nur in der Stadt Bern und im Amtsbezirk Seftigen gewählt. (In Bern: Schultheiss Fischer, Ratsherr R. von Fellenberg und Ratsherr von Graffenried. In Seftigen: Friedr. Tscharner, Gutsbesitzer zu Kehrsatz, Grossrat von Frisching, Gutsbesitzer zu Rümligen, und Ratsherr von Graffenried.) Von ihnen schlugen Schultheiss Fischer, Ratsherr Fellenberg, Emanuel Fellenberg, Ratsherr von Graffenried und Grossrat von Frisching die Wahl aus. Ausnahmsweise fiel die Wahl in Trachselwald auf den dem Neuen abholden, aber volkstümlichen Obersten Johann Ludwig Wurstemberger und in Burgdorf auf den Oberamtmann von Effinger. Beide lehnten die Wahl ab, da sie sich nicht darum beworben hatten, und weil sie vermuteten, auf Befehl des Wahlausschusses gewählt worden zu sein. Wurstemberger gestand dem Präsidenten des Wahlausschusses Trachselwald, Grossrat Güdel, unverhohlen ein: «Dies Ereignis ist für mich umso rätselhafter, da ich in dieser Landschaft weniger persönliche Bekanntschaften habe als in mancher anderen Landesgegend und mir nicht bewusst bin, derselben jemals wesentliche Dienste geleistet zu haben.»³⁾ Dem Präsidenten der Standeskommission, Schultheiss von Wattenwyl**, dem er die Ablehnung seiner Wahl ebenfalls mitteilte,

* Ratsherr Tscharner wurde gewählt in den Amtsbezirken Aarberg, Aarwangen, Bern-Stadt, Bern-Land, Burgdorf, Fraubrunnen, Konolfingen, Münster, Nidau, Schwarzenburg, Signau, Niedersimmental, Trachselwald und Wangen. Ratsherr von Lerber in Aarberg, Aarwangen, Bern-Land, Büren, Erlach, Interlaken, Konolfingen, Laufen, Signau, Thun, Trachselwald und Wangen.

** Vgl. S. 115.

erklärte er noch offener: «Da keine persönliche Bekanntschaft noch genommene Achtung noch eingeflösstes Zutrauen die Stimme auf mich lenken konnten, muss ich geheime Absichten einer, die Wahlen leitenden Gesellschaft argwöhnen.»⁴⁾

Schultheiss Fischer berichtet von folgendem Wahlmanöver: «Am Vorabend der Wahlversammlung der Stadt Bern wurde mir von einem Revolutionär die Insinuation zugesendet, ich sollte mich erklären, nicht gewählt werden zu wollen, damit ich dann der Erste unter den 40 vom Grossen Rat sein werde. Man wollte nämlich einige Männer, deren Mitwirkung und Dienste erwünscht schienen, als Instrumente benutzen. So wurde noch am Morgen der Wahl eilends in die Spitalkirche geschickt, um anzuzeigen, ich sei bereits in der grossen Kirche gewählt, damit ja keine Landwahl auf mich falle. Später hörte ich: man begreife, dass ich gekränkt sein müsse, nicht vom Lande gewählt worden zu sein, und man sei geneigt, mich unter den 40 zu wählen.»⁵⁾ Von den Wahlen auf dem Lande meldet er, dass den Wahlmännern vielerorts vorgedruckte und geschriebene Verzeichnisse als Wegleitung verteilt worden seien. Sie wurden von den Schutzvereinen aufgestellt.

Der erste Wahlgang war also ein unbedingter Erfolg der Liberalen. Sie hatten die grosse Mehrheit der Sitze im Grossen Rate gewonnen. Da einige Patrizier die Wahl ausgeschlagen hatten, verschiedene Kandidaten in mehreren Amtsbezirken zugleich gewählt worden waren, erfolgten am 10. September Ergänzungswahlen. Dieses Mal wurden neuerdings eine ganze Reihe Patrizier gewählt: Dragonerobert Steiger von Kirchdorf in Aarberg; Grossrat Rudolf Tschärner, der Bruder des Schultheissen (1774—1855), in Aarberg, Nidau und Biel; Ratsherr Zeerleder in Aarwangen und Trachselwald; Oberst von Herrenschwand in Schwarzenburg und Aarwangen; Verhörriechter von Wattenwyl in Bern-Stadt, Konolfingen und Schwarzenburg; Standesbuchhalter A. R. Ludw. Jenner in Bern-Stadt, Thun und Burgdorf; Amtsstatthalter Rudolf Stürler in Bern-Land und Konolfingen; Appellationsrichter Ferdinand von Erlach von Spiez (1792-1861) in Burgdorf und Niedersimmental; Professor Beat Tschärner in Erlach; Rudolf von Wattenwyl von Landshut in Fraubrunnen; Oberst Alexander von Wattenwyl (1783-1846) in Büren. Salzbuchhalter Emanuel von Wattenwyl-Stettler (1788-1861) in Signau; Oberst Karl Ludwig Tschärner in Burgdorf; Albr. Friedr. Tschärner, Sohn des Ratsherrn, in Münster und Signau; Justizratschreiber Albr. Friedrich Stettler in Signau; Ratsherr Joh. Rud. Stürler in Signau; Appellationsrichter Nikl. Gottl. Daxelhofer im

Niedersimmental; Major Franz von Lerber in Thun und Friedrich von Ernst, Kriegsratsschreiber in Thun; Franz Wurstemberger, Ratsschreiber, in Trachselwald. Auch diesmal scheinen die Wahlmänner nach Instruktionen gewählt zu haben. In mehreren Ablehnungsschreiben wurde von den Patriziern darauf Bezug genommen, dass sie sich während ihres ganzen Lebens nie in dem Bezirk aufgehalten hätten, der sie gewählt habe, und dass sie dort auch nicht eine einzige persönliche Bekanntschaft besäßen. Von den Gewählten schlugen folgende die Wahl aus: Die Ratsherren Stürler und Zeerleder; die Oberamtswänner Tschärner und Stürler; Dragoneroberr Steiger, Appellationsrichter von Erlach, Rudolf Tschärner, Alex. von Wattenwyl und Em. von Wattenwyl. Trotz liberalen Anschauungen konnten sich Rudolf von Wattenwyl, der Sohn des Schultheissen, und Ratsschreiber Wurstemberger zu der Mitarbeit im neuen Staate nicht entschliessen. Im ganzen waren also 36 Patrizier gewählt worden. 18 davon schlugen aus.

3. Die Ablehnenden

Die Ablehnungen haben nicht nur damals Stoff zu unerwünschter und erwünschter Kritik gegeben. Noch heute wird den Patriziern dieser Schritt verübelt. Sie werden des unvaterländischen Verhaltens und des Missbrauchs des Zutrauens, ja der Verhöhnung des Volkes angeschuldigt. Dies widerspricht den Tatsachen.

a) Die grundsätzliche Ablehnung der neuen Staatsverfassung

Vor allem erscheinen die Wahlablenkungen deshalb in einem andern Lichte, als man sie bisher gesehen hat, weil aus den Wahlprotokollen ersichtlich ist, dass die Wahlen von den Liberalen geleitet wurden. Die Patrizier sahen, dass man sie nur deshalb gewählt habe, weil man vorläufig ihre Kräfte noch nicht entbehren könne. Darum schrieb Schultheiss Fischer seinem väterlichen Freunde, dem Schultheissen von Mülinen, der ihn ermuntert hatte, eine Wahl anzunehmen: «Ma présence dans le nouveau gouvernement n'aurait probablement servi qu'à échauffer quelques haines et quelques jalousies.»⁶⁾ Die Möglichkeit fruchtbarer Opposition sah er nicht ein: «Il n'y a pas de bien à faire contre les mains de quelques tribuns et de quelques factieux qui peuvent impunément exploiter toutes les passions.»⁷⁾ Ähnlich dachte Robert von Erlach, der auf-

richtig versucht hatte zu vermitteln: «Es müsste wenigstens der dritte Teil des Grossen Rates aus gleichgesinnten Männern bestehen, von welchen der feste Entschluss zu erwarten ist, den künftigen Gesetzgeber aus dem Netz seiner Faktion zu retten.»⁸⁾ Den Vorwurf, die Patrizier hätten «aus Berechnung und Kleinigkeit» gehandelt, wies Schultheiss Fischer energisch zurück.⁹⁾

Dann aber muss man sich hüten, das Verhalten der Patrizier als eigennützig darzustellen und ihnen allen ohne Unterschied zu Lasten zu schreiben. Denn der Gründe waren so viele, dass man der Wahrheit sehr wenig nahe kommt, wenn man alle ins gleiche Mass nimmt. Gefühl und Überzeugung, Gewissen und Vaterlandsliebe stritten oft gegeneinander, die Entscheidung erschwerend. Äussere Momente spielten stark hinein: der Kampf der Flugschriften und Zeitungen; die Enttäuschung über die neue Verfassung. Zutiefst war es aber eine sehr edle Regung, die bei den Wahlablenkungen den Ausschlag gab. Jenes abtretende Geschlecht besass eine seit Jahrhunderten vererbte und gepflegte Staatsauffassung. Treue zu diesen Grundsätzen eignete dem Aristokraten in ausserordentlichem Maasse. Er stand zu seiner Überzeugung, auch wenn sie von der Umwelt angefochten und verlacht wurde. Sie verbot, eine Wahl anzunehmen. Der nach langer Prüfung gefasste Entschluss, der nachher so oft bemäkelt wurde, entsprang nicht politischer Klugheit, ist nicht auf opportunistische Gründe zurückzuführen. Die Entscheidung war grundsätzlich.

Die aristokratischen Staatsgrundsätze fussten auf dem Grundgedanken, dass sich die Stadt das umliegende Land auf rechtmässige Weise erobert und erworben habe. Gestützt auf Recht und Verträge herrschte sie. Darum wurde die Bewegung von 1831 durchwegs als Rechtsbruch verurteilt. Es ist auffallend, welche Übereinstimmung in diesem Punkte herrscht.* Dem Oberamtmann

* Es lag mir daran, möglichst viele der reichlich fliessenden Quellen zu prüfen, um die Resultate ausgiebig belegen zu können. Es diente mir dazu das reiche Material im Nachlass des Oberamtmannes Rudolf Emanuel von Tavel von Frutigen, der als heftiger prinzipieller Gegner der Demokratie eine flinke Feder im Kampfe gegen das Neue führte. Aufschlussreich sind die Tagebücher des ebenfalls durch Prinzipientreue ausgezeichneten Karl Ludwig Stettler. Wahlablenkungen von Fischer, Wurstemberger, Oberst Steiger, Wattenwyl, Sohn des Schultheissen, Tschärner von Burgdorf und Erlach von Spiez wurden geprüft. Im Nachlass des Schultheissen Fischer befindet sich eine reiche Korrespondenz aus jenen Tagen. Wo persönliche Stimmen fehlen, sprechen Zeitungen, Flugschriften und Proklamationen eine beredte Sprache.

von Tavel bedeutet die Volksbewegung Usurpation und Empörung. Wenn er sagt: «Widerrechtliche Verdrängung der Stadt Bern aus der von ihr im Lauf der Zeit und Entwicklung rechtmässig erworbenen staatsrechtlichen Stellung»,¹⁰⁾ so meint er im Grunde nichts anderes, als dass die auf den Besitz der Patrizier neidisch gewordenen Untertanen einen Raub begangen haben. Nicht nur der Ultra findet solche Töne. Auf ähnliche Weise begründet der bis 1831 als liberal geltende Historiker Joh. Ludwig Wurstemberger die Ablehnung einer Wahl: «Ich empfinde ein widriges Gefühl gegen alles, was mit dem Begriff eines unzeitigen Übertrittes von einer Gewalt zu andern verwandt ist.»¹¹⁾ Auch Rudolf von Wattenwyl, der Sohn des Schultheissen, beruft sich auf das alte Recht. Er, der vor 1830 zu allen möglichen Konzessionen bereit war, kann sich nicht entschliessen, in die neuen Behörden einzutreten. In einem langen Artikel im Organ des *Juste milieu*, in der «*Berner Zeitung*», hebt er hervor, dass er als Patrizier andere Ansichten über Recht und Gerechtigkeit besitze. Ohne diese aber könne ein Land nicht blühen. Die alten Rechte würde er schmachvoll verletzen, nähme er an der Regierung teil: «Ich könnte mich z. B. nie dazu verstehen, der Stadt Biel ihre durch Verträge garantierten Munizipalgerechtigkeiten zu entziehen, deren Handhabung sie bisher alle Jahre eidlich gelobte.»¹²⁾ Schultheiss Fischer wollte mit der Revolution nicht gemeinsame Sache machen und dadurch «die von ihr angewendeten Mittel gleichsam stillschweigend billigen».¹³⁾ — Das Unrecht, welches durch keine Bemäntelung aus der Welt geschafft werden konnte, erschien dem Patriziate um so drückender, als es «die Grundlagen zerstörte, unter denen der Kanton Bern 600 Jahre lang glücklich gelebt hat».¹⁴⁾ Im Glück und Aufblühen des Landes war einst den Regenten Befriedigung geworden. Zur Bitterkeit gesellte sich Schmerz um den Sturz des blühenden Werkes. Es wäre falsch, solche Haltung als geistige Unbeweglichkeit zu verurteilen.

Wahlen gegen die Überzeugung anzunehmen, verbot *Gewissen* und *Ehre*. Der Patrizier war gewohnt, sich selbst gegenüber einen strengen Maßstab anzulegen. Der auf der äussersten Rechten stehende Oberst Steiger von Kirchdorf bekannte dem Schultheissen von Wattenwyl, der ihn aufmunterte, eine Wahl anzunehmen: «*C'est une affaire de conscience; un sentiment irrésistible de mon cœur me le défend.*»¹⁵⁾ Dem Schultheissen Fischer war es unmöglich, was er in Herz und Geist verurteilte, mit einem Eide zu bekräftigen. Es wohnte jenem Geschlechte noch die Scheu vor der Heiligkeit

des Eides und gegebenen Wortes inne. Rudolf von Wattenwyl verteidigte sich in der «Berner Zeitung» gegen falsche Vorwürfe: «Eher als mitzuwirken verzichten wir Beamte, deren Existenz von ihrer Stellung abhängt, auf dieselbe und verzichten, um ihrem Gewissen treu zu bleiben.»¹⁶⁾ Kurz und bündig beantwortete Wurstemberger die Einladung des Wahlkreiskomitees: «Mein ganzes Ehr- und Anstandsgefühl sträubt sich dagegen.»¹⁷⁾

Bei der Entscheidung mögen die erwähnten Momente nicht überall gleich schwer ins Gewicht gefallen sein. Untersucht man die weiteren Gründe in den Quellen, so stösst man auf eine Vielfalt der Meinungen. Sie entspricht der Buntheit der Auffassungen, welche schon vor dem Umschwung das Patriziat innerlich zerklüftete.

b) Die Ultra und ihre Propaganda

Die Ultra sahen nur ihre Prinzipien und verloren das richtige Mass für die Wirklichkeit. Sie waren so verankert in alten Begriffen, dass sie über 1798 kaum hinausgekommen waren. Die Erforschung von Stimmung und Gesinnung, welche im rechten Flügel des Patriziats herrschten, wird durch die reichen Quellen erleichtert. Es kann aus dem Nachlasse des Oberamtmanns von Tavel geschöpft werden;* ebenso erlaubt uns das alle Einzelheiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens verzeichnende Tagebuch des alt Oberamtmannes Karl Ludwig Stettler weitgehende Schlüsse.

Tavel bezeichnet die Einführung der Demokratie als Raub; nach Recht müsse dieser einmal wieder rückgängig gemacht werden. Ihm wuchs daraus der Glaube, dass die neue Ordnung gar keinen Bestand haben könne: «Der Akt des 13. Januar ist kein staatsrechtlicher Akt, da er gezwungen ausgeführt wurde. Verträge kann man nicht einseitig brechen. Beide Partner müssen damit einverstanden sein.»¹⁸⁾ Seiner Auffassung nach haben die Beraubten, da sie den Raub nicht anerkennen, nicht verzichtet, «eine neue Ordnung auf

* Tavel war schriftstellerisch sehr tätig. Nicht nur belieferte er die konservativen Blätter seiner Zeit mit mannigfaltigen Artikeln aus allen Lebensgebieten; er führte daneben eine grosse Korrespondenz mit seinen Gesinnungsfreunden, unter die auch der Restaurator Karl Ludwig von Haller zu zählen ist. Vielfach versuchte er, durch Broschüren im breiten Publikum zu wirken. Eine grössere Arbeit staatstheoretischer und historischer Richtung haben wir in seinem Werke «La vérité sur Berne» zu sehen. Es stellt eine Antwort auf Stapfers «Description de la ville de Berne» dar. Neben einer Geschichte der Revolution von 1831 gibt Tavel auszugsweise die bernische Entwicklung wieder. Das Werk wurde nicht gedruckt. Tavel ist der Grossvater des Berner Dichters Rudolf von Tavel.

legitimer Grundlage zu schaffen».¹⁹⁾ Doch entspringt der Gedanke an die notwendige Reaktion nicht Rachegelüsten. Der Patrizier fühlt sich eben einer höhern Ordnung verpflichtet, der göttlichen Ordnung, der «justice imprescriptible».²⁰⁾ Denn Gott hat auf Erden das Recht gesetzt, er hat die Regierungen nach diesem Recht zu ihrem Auftrag begabt. In diesem Lichte gesehen ist die neue Lehre ein Gift für die Welt, die Ursache alles Unglücks seit Jahrzehnten, die demokratische Staatsform aber eine Ausgeburt der Hölle. Hätte sich ein gottesfürchtiger Mensch erkönnen sollen, mit diesen teuflischen Mächten einen Bund zu schliessen? Er hätte nicht nur Gott den Gehorsam versagt, er hätte als «Werkzeug der Anarchisten den Raub mit den Räubern geteilt, mit Empörern gemeinsame Sache gemacht» und — das Ärgste — das Unrecht sanktionierend den Raub als Recht anerkannt.²¹⁾ Der Weg, das Recht einmal zum Siege zu führen, wäre für ewige Zeiten versperrt gewesen. Tavel genügte es nicht, seine eigenen Grundsätze rein zu bewahren und mit dieser Waffe im neuen Staate zu kämpfen. «Wäre man — sagt er — vom Volke gewählt, so unterzöge man sich ja dem Grundsatz des Teufels selbst, nämlich der Volkssouveränität.»²²⁾

Allein, es genügt nicht, dem neuen Staate die Mitwirkung zu versagen: «Gemäss dem Prinzip der Gerechtigkeit haben die Patrizier das Recht, sobald es die Umstände erlauben und sobald sie dazu die Macht haben, ihre alten Positionen wieder zu besetzen.»²³⁾ Gott wird sie darin unterstützen. Er muss ja wollen, dass seine Ordnung wieder zurückkehrt: «Gott regiert, und niemand wird leugnen können, dass er, wenn es Zeit ist und es ihm gefällt, die Regenten stürzen wird, die ihn und sein Gesetz verachten. Er wird die Herstellung der alten Ordnung geschehen lassen, wenn man ihn als den höchsten Herrn anerkennt.»²⁴⁾

Solche Auffassung erläutert die ungebrochene Kampf Stimmung dem Neuen gegenüber. Allerdings sieht Tavel keine Wiederherstellung mit der Gewalt der Waffen vor. Vorläufig, heisst es, abwarten, des Glaubens, Gott werde den Augenblick des Eingreifens herbeiführen. In der Zwischenzeit lasse man die Waffen des Geistes nicht ruhen, die verführerischen Grundsätze nicht unangefochten, mit der Kampfpapare: «Nie und nimmer Versöhnung mit revolutionären Ideen und Einrichtungen.»²⁵⁾ — Noch lastete ein schwerwiegender Einwand auf ihm: der Ruf des Vaterlandes. Land und Volk im Stiche lassen! Verdüsterte es nicht das Opfer, das er der Überzeugung brachte? Sicherlich haben sich Tavel und seine Gesinnungs-

genossen dieser Frage nicht ent schlagen. Doch musste dem göttlichen Befehl gegenüber der irdische und menschliche Anspruch schweigen. Getreu dem Spruche, dass man Gott mehr gehorchen solle denn den Menschen, verzeichnet Tavel in seinen Schriften: «Mir gilt Gottes Willen mehr als blendende Theorien.»²⁶⁾

Ein tiefer Graben hat sich geöffnet. Er ist deshalb unüberbrückbar, weil der gesinnungstreue Aristokrat Gottes Werk geschändet, Gottes Willen missachtet sieht in der Revolution. Wo diese tiefe Gottesfurcht das politische Denken beherrschte, war eine Vereinbarung in Güte ebensowenig möglich als Jahrhunderte zuvor in der grossen Kirchenspaltung. Tavel blieb seiner Überzeugung bis zu seinem Tode treu. Noch 1837 — in einem Zeitpunkt, da die Gegensätze nicht mehr so klafften — verfasste er den «Entwurf einer Antwort, wenn ich je eine Einladung zur Teilnahme an den Wahlen erhalten sollte».*²⁷⁾

Nicht alle Ultra unterwarfen Leben und Geschehen so unbedingt Gottes Willen. Tavel überliess Gott und der Gerechtigkeit die Bestrafung. Andere dagegen erhofften den Sturz von der Ungunst der Zeit und vom Unvermögen der Revolutionäre, die Geschicke des Staates richtig in die Hände zu nehmen. Sie rechneten mit menschlichen Zeiten und Mitteln. Auch sie stärkten sich am Gedanken, dass Unrecht nie Bestand haben könne. Aber sie gedachten, den Zeitraum unrechtmässiger Herrschaft zu verkürzen. Dabei stärkte sie im stillen die Hoffnung, dem neuen Staatsgebilde sei kurze Dauer beschieden. Die Demokratie werde, wie in der Helvetik, ihre praktische Undurchführbarkeit selbst dokumentieren. Solche Gedanken vertraute Karl Ludwig Stettler seinem Tagebuch an: «Der Erfolg der neuen Regierung beruht auf der Voraussetzung, dass viele mit der Geschäftsführung bekannte gegenwärtige Regierungsglieder in die Zahl der neuen Regenten müssten gewählt werden. Sogar die öffentliche Meinung macht eine bedeutende Teilnahme der jetzigen Regenten an der künftigen Regierung zum unerlässlichen Geding des Gedeihens derselben.»²⁸⁾

* «Die Mehrzahl der Bürger meiner Vaterstadt, so wie auch ich, haben die Verfassung verworfen, weil sie die alten rechtmässigen und wohlerworbenen Rechte derselben verletzt hat. Sie ist also ein durch das Recht des Stärkeren der Stadt Bern einseitig aufgedrungenes Joch, folglich ein Unrecht. Wenn mir auch höheres Gebot befiehlt, jeder Obrigkeit untertan zu sein und Unrecht zu dulden, so verbietet mir eben dasselbe Gebot, Unrecht als Recht anzuerkennen und am Unrecht Teil zu nehmen. Ich werde also nie das letztere freiwillig thun!»

Diese Meinung ist nicht vereinzelt. Zwei Stimmen aus ganz verschiedenen Lagern bürgen dafür, dass dieser Glaube Zugkraft besass. Der junge Friedrich Zeerleder führte ebenso genau Buch wie der alte Stettler. Ihn bedrängte die Frage der Beteiligung vielleicht noch einschneidender, da seine Zukunft davon abhing. Am 7. Oktober 1831 verzeichnet er: «Man glaubt, wenn keine Anhänger des Alten in der neuen Regierung sitzen, so werde die letztere vielleicht keinen Bestand haben oder doch die Verfassung umändern müssen.»²⁹⁾ Nach dem Antritt der neuen Behörden gesteht er lakonisch: «Zum grossen Verdruss der Ultraaristokraten sehen die neuen Behörden ihre Schwäche ein, und dies ist die einzige Art, ihr abzuhelpfen.»³⁰⁾ Der Appellationsrichter Anton von Tillier hatte eine Wahl angenommen. Aber er tat es, um die Pläne der Ultra zu durchkreuzen. Denn diese — so lautet der Bericht in der Selbstbiographie — «befürchteten eine Ausschiessung für die Zukunft, wenn eine Regierung aus geachteten Männern zustande komme».³¹⁾

Was war bei dieser Stimmung im Lager der Ultra natürlicher, als dass man alle Standesgenossen von dem Eintritt in die neue Behörde abzuhalten versuchte? Eine Anzahl solcher Patrizier entfaltete eine rege Propagandatätigkeit. Sie gaben das Ausschlagen der Wahlen als verpflichtende Standeslosung aus und setzten Verwandte, Freunde und Bekannte aller Schattierungen unter Druck. Widerspenstigen drohte man mit Verfemung. Dass ein solcher Feldzug überhaupt mit Erfolg aufgenommen werden konnte, war begründet in der Geschlossenheit des Standes, in der gesellschaftlichen Verpflichtung. Die Vorstellungen von Standeseinheit und Standesehre, die Idee standesgemässen Verhaltens und gemeinsamen Unterganges brachten die Einwände einzelner zum Verstummen. Die Parole schlug schliesslich durch und überwand die Zaudernden.

Gerade der Freundeskreis um Stettler war es, dessen Wirkung ausschlaggebend war. Gewichtige ehemalige Magistrate standen dem Vorgehen zu Gvatter. Da waren die beiden Seckelmeister von Jenner und von Muralt. Der alte Oberst Gatschet sprach ein einflussreiches Wort. «Durch die allgemeine Achtung und das Zutrauen, welches er besass, übte er den grössten Einfluss auf den Entschluss der Patrizier, keine Wahlen in die neue Regierung anzunehmen, aus.»³²⁾ So weiss ein Zeitgenosse zu berichten. Stettler schlugen ähnliche Bemühungen offenbar fehl. Da hat er einen Unterschriftenbogen vorbereitet, auf dem sich möglichst alle Patrizier mit ihren Namen verpflichten sollen, «unter dieser Verfassung

weder im Grossen noch im Kleinen Rat noch in irgend einer andern Regierungsbehörde eine Stelle anzunehmen oder sich freiwillig in deren Geschäften gebrauchen zu lassen».³³⁾ Er hofft dabei, dass die Berner, «welche die Ehre ihrer Vaterstadt und das Andenken der Vergangenheit nicht ganz vergessen haben», sich wirklich seiner Initiative anschliessen würden.³⁴⁾ Schwer enttäuscht meldet er einige Tage später, nun zeige sich die Charakterschwäche des heute lebenden Geschlechts. Als er das erwähnte Blatt vorwies, «da wurden so viele Bedenken laut, dass sich leider bei mir die traurige Überzeugung aufdrängt, es wollten sich nur zu viele eine Hintertüre offenhalten, um mit der Zeit mit der Revolution zu kapitulieren».³⁵⁾

Viel versprach man sich von der Haltung des Schultheissen Fischer, den man zwischen den beiden Meinungen um die Entscheidung ringen sah. Denn seine Wahlablenkung, nahm man mit Recht an, werde tonangebend wirken. Darum setzte man alles daran, seine Seele zu gewinnen. Oberst Gatschet drohte ihm in einem Briefe recht offensichtlich: Jeder wahre Berner habe die Verfassung verworfen. Also «wird sich auch kein wahrer Berner gebrauchen lassen, zur Schande seiner Vaterstadt beizutragen».³⁶⁾ Mit so groben Mitteln arbeiteten die Ultra, dass sie sogar mit der Anschuldigung des Vaterlandsverrates spielten. — Missmutig verfolgte Stettler das Verhalten des Staatsoberhauptes. Er musste entdecken, dass Fischer in der Zeit des Schwankens nicht nur einigen bei ihm Rat suchenden zur Annahme solcher Stellen in der Regierung geraten, sondern auch mehrere Zuschriften an Freunde hatte abgehen lassen, «um sie zur Annahme der Wahlen aufzufordern».³⁷⁾ Empört zeiht ihn Stettler falschen Ehrgeizes und gelobt sich, ihm von nun an die Hand nicht mehr zu reichen. Nach Fischers Wahl in den Grossen Rat behauptete er, diese sei «schwerlich ohne sein Vorwissen auf ihn gefallen». Sollte er annehmen, «dann würde er sich der Geringschätzung und Verachtung aller seiner patrizischen Standesgenossen aussetzen».³⁸⁾ Endlich wird Fischers Ablehnung bekannt, und Stettler kann beruhigt registrieren, dass nun wenigstens eine Spaltung der patrizischen Partei verhindert worden sei.

Auf solchen oder ähnlichen Druck hin scheint eine ganze Gruppe im Volke beliebter Patrizier eine Wahl zum voraus abgelehnt zu haben. Im August erschien als Beilage der «Allgemeinen Schweizerzeitung» ein Flugblatt in Form eines Verzeichnisses. Die an patrizischer Mitwirkung interessierten Juste milieu-Politiker scheinen die Initianten gewesen zu sein. Sie empfahlen dem Volke zur Wahl an die hundert Stadtbürger. Darunter befanden sich 24 der alten

Regierung angehörende Patrizier.³⁹⁾ Sogleich protestierten viele von ihnen dagegen, dass man ihren Namen zu so etwas missbraucht habe. Alle gehörten der ehemaligen Mittelpartei an und standen Schultheiss Fischer nahe. Von ihnen wurden die Appellationsrichter Daxelhofer und von Erlach, die Ratsherren Fellenberg und Graffenried, die Grossräte Frischung von Rümli, Tschärner von Bümpliz und Alex von Wattenwyl trotz ihrem Proteste gewählt. Sie lehnten alle ab. Die übrigen, nämlich der Ratsherr von Luternau, die Grossräte Hauptmann von Erlach von Spiez, Oberstlieutenant Gruner und Balthasar Im Hoof von Rörswyl wären zu einer Annahme bereit gewesen, wenn sie gewählt worden wären. Dies geht aus einem Brief hervor, den der Ratsherr von Luternau an Schultheiss Fischer richtete.⁴⁰⁾ Doch Rücksicht auf die ausgegebene Parole verhinderte eine Teilnahme. Sie lautete: Was ein wahrer Berner ist, der tut so etwas nicht. — Die Rolle des gesellschaftlichen Zwanges war übermächtig. Selbst dem Neuen zugetane Patrizier wie Tillier liessen sich — laut eigenem Geständnis — eine Zeitlang durch die «Einschüchterungen von Seite einiger der heftigsten leidenschaftlichsten Männer des Patriziats und der abtretenden Regierung erschrecken».⁴¹⁾

*

In starkem Kreuzfeuer standen die J u n g e n . Ihnen versagte das Ausscheiden aus dem Staatsdienst eine befriedigende Zukunft. Da ist der junge Friedrich Zeerleder, der unter der aristokratischen Regierung die Stelle eines Zollsubstituten bekleidet hat. Sein bisheriger Vorgesetzter, Oberzollverwalter Ulrich, war entschlossen, seine Entlassung zu nehmen. Eine Anzahl junger Patrizier dagegen wollte dem neuen Regime ihre Kräfte zur Verfügung stellen. Nicht ohne Zweifel und Unsicherheiten rangen sie sich zu dieser Haltung durch. Das Tagebuch des jungen Zeerleder offenbart die wechselvollen Stimmungen so ausgezeichnet, dass die bezeichnenden Stellen am eindrucklichsten im Wortlaut wiedergegeben werden. Am 6. Oktober muss er notieren: «Die Wahlen in unsern Grossen Rat waren grossenteils auf Mitglieder der alten Regierung gefallen, allein sie haben beinahe ausschliesslich abgelehnt. Das bringt auch uns Jüngere, die wir beinahe entschlossen waren, unter der neuen Ordnung unser Heil zu suchen, wieder in unangenehme Unentschlossenheit.»⁴²⁾ Später fährt er fort: «Ich will etwas in Bezug auf meine Anstellung und meine schwierige Lage hersetzen . . . Es scheint beinahe ein Unding, zu huldigen und mich mit der aristokratischen Partei zu überwerfen. Bis jetzt sind M. St. und F. v. O. entschlossen,

sich dem Neuen zu widmen; allein sie können auch ändern und haben es bereits vielleicht getan. Auch M. von S., G. May und vielleicht noch andere liegen mich an, die Entlassung nicht einzugeben. Noch habe ich 14 Tage Zeit . . .»⁴³⁾ * Einige Tage darauf ist der Entschluss gefasst: «Aus der Verlegenheit und Ungewissheit, ob ich an meiner Stelle bleiben oder gleich den meisten andern Beamten noch von der alten Regierung meine Entlassung nehmen solle, bin ich nun durch den ziemlich feststehenden Entschluss befreit worden, einstweilen zu bleiben. Hierauf wurden wohl einige Gesichter gemacht, allein da die Mehrzahl meiner Freunde meinen Entschluss teilt, so kann mir daran wenig gelegen sein.»⁴⁴⁾ So sicher ist der junge Patrizier jedoch nicht, wie er schreibt. Vor seinem Amtsantritt gesteht er sich «den unvermeidlichen Widerspruch zwischen den herrschenden Ansichten und meinen eigenen und denjenigen des Mehrteils, in deren Kreis zu leben mein Stand mit sich bringt» ein.⁴⁵⁾ — Der Geist der Jugend trug den Sieg davon. Er war stärker als das Urteil des Standes. In drei Departementen, im diplomatischen, dem der Finanzen und dem des Innern, amtierten als Sekretäre Patrizier: Moritz von Stürler (der Sohn des Rats Herrn, 1807—82), Karl Zeerleder (der Sohn des Rats Herrn, 1805—69) und Karl Ludwig von Wattenwyl. Friedrich Zeerleder bekleidete provisorisch das Amt eines Zollverwalters und Karl May (1809—54) dasjenige eines Kommissionsschreibers. Eine Reihe junger Aristokraten war in untergeordneten Stellungen tätig.

Ein weiteres Moment der Gegenpropaganda darf nicht ausser acht bleiben. Die Ultra fanden ihre kräftigste Stütze in der *D a m e n w e l t*. Tillier weiss davon aus persönlicher Erfahrung zu berichten. War es doch seine Frau, eine Nichte des Schultheissen Tschanner, die ihm immer neue Bedenkzeiten aufdrängte. Die junge Gattin Rudolf von Wattenwyls, eine geborene Sinner von Märchlingen, scheint dem Ehemanne ein Ultimatum gestellt zu haben. Auch aus andern Quellen geht hervor, dass Männer selbst wider ihren Willen von ihren Frauen zur Ablehnung gezwungen wurden.

Vielfach war die Tätigkeit der Ultrakreise von hässlichen Äusserungen gegen die neuen Regenten begleitet. Daher rührt der Vorwurf, die Patrizier seien mit Schmollen und gehässiger Schadenfreude beiseite gestanden und hätten das steuerlose

* Gemeint sind wohl Moritz von Stürler, Karl Fischer von Oberhofen, May von Schadau (der Sohn des Staatsschreibers) und Rudolf Gabriel May vom Baumgarten.

Schiff dem Verderben preisgegeben. Er traf den ganzen Stand, ob-
schon nur einzelne ihn verdient hatten.

In einer Flugschrift, betitelt «Gespräch zwischen dem ehrbaren
Gerichtsäss Hans Wackerbart und dem Schulmeister Eulogius
Spatzengsang im Affenmoos», lässt der vermutliche Verfasser, Karl
Ludwig Stettler, den Bauern folgenden Ausspruch eines Landvogts
wiederholen: «Was, glaubt ihr, wir werden uns nun an die Kutsche
der Herren und Comp. anspannen lassen, um dieselbe aus
dem Kot zu ziehen!» Der Landmann bestätigt diese Einstellung
des patrizischen Landvogts: «Ich würde es gleich machen, wenn
Rumpelniggi käme, um mich aus meinem Haus zu werfen, und mir
dann aus Gnaden ein Plätzlein im Stall einräumen wollte, würde
ich lieber gar nicht hineingehen.» — Auf ähnlich schroffe Weise
erteilte Stettler dem bernischen Forstmeister Kasthofer Antwort.
In der Broschüre «Rede über das Verhältnis der Repräsentation der
Hauptstadt und den Kampf der Demokratie mit der Aristokratie
in der Republik Bern» bot Kasthofer den Aristokraten die Ver-
söhnungshand. Stettler machte in der entgegnenden Flugschrift,
deren Titel lautet: «Bemerkungen über die von Herrn Oberförster
Kasthofer vor dem Bernischen Verfassungsrat gehaltene Rede über
den Kampf der Demokratie mit der Aristokratie in der Republik
Bern» keinen Hehl aus seiner ablehnenden und verdammen-
den Gesinnung: «Wenn wir von der Demokratie in den Fluss der Revolu-
tion geschmettert worden sind, dann bedanken wir uns für eine Ret-
tung und ein auf Gnade aufgenommenes Weiterleben in der Regie-
rung. Lieber in der mein Vaterland verschlingenden Flut untergehen
als sich der neuen von Neid, Hass, Gift und Galle gegen seine vom
Geschick höher gestellten Mitbürger atmenden Regierung zur Ver-
fügung stellen.»⁴⁶⁾

Dann wieder verlegten einige sich aufs Schmollen, indem sie be-
tonten: «Wenn ohne uns regiert werden kann, dann zeigen wir,
dass wir auch sein können ohne zu regieren.»⁴⁷⁾ Hie und da wurde
auch der Spiess umgedreht und den Liberalen vorgeworfen, die
Patrizier seien ihnen nur deshalb erwünscht, «damit sie die Dornen
beseitigen und später als Sündenbock dienen».⁴⁸⁾ Nicht selten wurde
den Liberalen entgegengehalten, dass sie einer Mitwirkung patrizi-
scher Kreise sehr misstrauisch gegenüberständen: «Blickt man nach
den alten Grundsätzen, so heisst es, man sei dem neuen Geiste
hinderlich. Wendet man sich dem neuen Geiste zu, so heisst es, die
Grundsätze seien nicht echt, und der zu schnellen Wandlung müsse
man misstrauen.»⁴⁹⁾

So die öffentlichen Stimmen. Im vertrauten Kreise wurde der bissige Unterton noch deutlicher. Dem Oberamtman von Frutigen, von Tavel, schrieb sein Freund und Kollege, der Oberamtman Sinner von Belp, ihm sei das «Landvögtlen erleidet wie kaltes Kraut. Ich bin friedlich gestimmt und danke Gott, wenn ich einst ruhig als Partikular leben kann.» Das sei ihm lieber als wie die «schlaunen Herren Tschanner und Compagnie mit den elben Michlen auf den Abend zu einem Schöppli und Würstli sich zu versammeln. Welch ein Glück, sich in so ausgezeichnete Gesellschaft befinden zu können. Etwas Eau de lavende möchte indessen nicht unnötig sein. Von den «elben Micheln und gesetzgebenden Seligmachern möge er ja nichts Gutes erwarten». Was könne denn Lobwürdiges von diesen Talenten herkommen, «die da in den Ställen und Schreibstuben der Dintensameni erzeugt wurden . . . Dies wäre ein Wunder — das erste Wunder der Welt — und — die Zeit der Wunder ist vorbei».⁵⁰⁾

c) Der Kampf um die Schwankenden

Es gab nun Politiker, die, ohne ihre Prinzipien zu verleugnen, einer Mitarbeit des Patriziates das Wort redeten. Den Gedanken, durch aktive Teilnahme die unrechtmäßige Regierung zu stärken, überwog der andere, durch positive Stellungnahme drohende Gefahren abzuwenden.

Die Sprecher dieser Gruppe kamen aus verschiedenen Kreisen. Vor allem waren es die älteren Magistrate, welche die bernische Staatsumwälzung als von Frankreich angezettelte Verschwörung betrachteten. Sie setzten unwillkürlich den neuen Zustand demjenigen der Helvetik gleich und hofften, durch eine angemessene Beteiligung am neuen Werk könne der überbordenden Neuerungssucht gesteuert werden.

Schultheiss von Wattenwyl lehnte zwar eine Wahl, wie er dem Freunde von Mülinen schreibt, deshalb ab, «parce que mon âge et ma force s'y refusent».⁵¹⁾ Trotzdem setzte er sich ein, wo er konnte, um seine Standesgenossen vom Beiseitestehen abzuhalten. Seinem Neffen, dem Verhörriechter von Wattenwyl, schreibt er erfreut, als er erfährt, dass jener die Wahl angenommen hat: «Je désire que tous les membres du gouvernement que la confiance publique élira à constituer le nouvel état, acceptent.»⁵²⁾ Mit seinem ehemaligen Kollegen von Mülinen vereinbarte er, die Patrizier aufzufordern, «d'aller en masse aux élections».⁵³⁾

Der zwei greisen Staatsmänner Wunsch war es, hauptsächlich

den Schultheissen Fischer von der Richtigkeit ihrer Auffassung zu überzeugen. Seinen Entschluss erachteten sie als richtunggebend für die Schwankenden. Hierin wurden sie von einer Reihe anderer Aristokraten unterstützt. Eine ganze Sammlung von Briefen, im Nachlass des Schultheissen Fischer, gibt Zeugnis von der Bearbeitung, der er ausgesetzt war. Der Oberst und Ratsherr von Luternau, dem Schultheissen von Wattenwyl nahestehend, bittet Fischer am Tag vor den Wahlen inständig, die Bedenken abzuschütteln: «Je serais du nombre de ceux qui vous payeraient le tribut et la plus juste reconnaissance et je prierais pour vous le Dieu tout puissant pour qu'il vous soulève dans la position si difficile.»⁵⁴⁾ Ein seinen Namen nicht näher nennendes Mitglied der Familie Fischer versuchte den Schultheissen einen Tag vorher zu beeinflussen, indem er die «retraite» als «mal infini» bezeichnete.⁵⁵⁾ Am wärmsten bat der greise Mülinen seinen Nachfolger im Schultheissenamte, die Kraft dem neuen Staate nicht zu versagen.

Es spielte sich in jenen Tagen ein buchstäbliches Ringen um die Seele der noch Schwankenden ab. Eine kleine Flugschrift legt die ganze Problematik frei. «Fragmente aus dem vertraulichen Briefwechsel zweier Patrizier von Bern» nennt sie der anonyme Herausgeber. Ihm sind, laut Vorwort, Briefe zufällig in die Hände gekommen, welche er nun, ins Deutsche übertragen, der Öffentlichkeit anvertraut. Zwei Berner Aristokraten, von denen der eine die Wahl in den Grossen Rat anzunehmen, der andere sie abzulehnen gewillt ist, wechseln die Briefe unter sich. M. v. Sch. lässt der Herausgeber den Annehmenden, G. von B. den Ablehnenden unterzeichnen. Der erste trachtet danach, dem zweiten die befürwortenden Argumente annehmbar zu machen. Dieser aber zählt alle Gründe auf, die einen «echten Berner» von der Wahl abhalten sollen. Den Initialen nach dürfte es sich um den Staatsschreiber May von Schadau und den Oberamtmann von Graffenried von Burgistein handeln. Wie steht es um die Echtheit dieser Briefe? Zufällig konnte ich herausfinden, wer sich hinter dem anonymen Herausgeber versteckt. Es handelt sich um einen dem Patriziate nahestehenden Mann, den Bieler Pfarrer und Rektor des Gymnasiums, Appenzeller. Es fällt auf, dass der in Biel wohnende Pfarrer, ohne verwandtschaftliche Beziehungen zum Patriziate, eine so vertrauliche Korrespondenz hätte in die Hände bekommen sollen. Aus den Initialen allein lässt sich kein Beweis für die Echtheit der Schriftstücke ableiten. Es scheint deshalb nicht verfehlt, wenn man die Briefe als fingiert betrachtet und das Flugschriftlein als

Propaganda interessierter Kreise klassiert. Appenzeller mag die fingierten Schreiben von einem Patrizier, möglicherweise vom Staatsschreiber May, erhalten haben. Es mag ihm aber auch nur der Auftrag erteilt worden sein, für die patrizische Teilnahme propagandistisch zu wirken.

Auf alle Fälle stehen Leute hinter ihm, die ganz besonders darauf drängten, dass eine grosse Zahl von Patriziern in den Grossen Rat trete. Es waren Männer aus dem *Juste milieu*. Ob schon sie die allzu doktrinäre demokratische Verfassung ablehnten, waren sie entschlossen, dem neuen Regime ihre Kräfte zur Verfügung zu stellen. Sie vertraten den Standpunkt, nur vorzügliche Regenten könnten bei den grossen Mängeln der Verfassung eine Katastrophe verhindern. Unter ihnen bemühte sich besonders Anton von Tillier mit seinem Vetter, dem Verhörerichter von Wattenwyl, «mehrere Berner zur Annahme der auf sie gefallen Grossratsstellen zu bewegen. Ein schwieriges und undankbares Geschäft». ⁵⁶⁾ Er hatte als Tagsatzungsgesandter angesehene Regierungshäupter anderer Kantone veranlasst, die Berner Aristokraten zur Teilnahme am Neuen aufzumuntern. Den Bürgermeistern von Zürich und Schaffhausen, von Muralt und von Meyenburg, musste dies besonders am Herzen liegen. Denn in diesen Kantonen hatte sich die Aristokratie von der neuen Ordnung nicht zurückgezogen. Ein Brief des Genfer Tagsatzungsgesandten, Oberst Auguste de Bontems, an Schultheiss Fischer ist wohl auf Tilliers Veranlassung zurückzuführen. — Es ist möglich, dass Politiker dieser Kreise auch die Gesandten Frankreichs und Englands bearbeiteten. Wenigstens versuchte Rumigny, den Schultheissen Fischer zur Annahme einer Wahl zu bewegen. Er scheint seinerseits den englischen Gesandten, Percy, angespornt zu haben, seinen Einfluss bei Fischer in gleichem Sinne einzusetzen.

Höchst empört über solche Propagandamanöver waren natürlich die Ultra. Stettler war wütend über die Aktivität seiner Antagonisten. Er schiebt ihnen egoistische Motive unter: «Diese Partei aus ehemaligen Magistraten, welchen der Gedanke einer Unterbrechung ihrer politischen Wirksamkeit unerträglich erscheint, sieht in der Teilnahme der bisherigen Regenten an der neuen Regierung ihre einzige Hoffnung auf Erhaltung der Ruhe und Ordnung.» ⁵⁷⁾

*

Aufschlussreich sind die *A r g u m e n t e*, welche die befürwortenden Patrizier in diesem Kampfe verwendeten. Es sind prak-

tische und gefühlsmäßige Gründe, die angeführt werden. An das patrizische Pflichtgefühl appelliert Oberst von Luternau, der Fischer zuruft: «Votre résolution finale devait être de vous sacrifier encore dans cette occasion.»⁵⁸⁾ Überzeugungstreue wird zwar von den Gemässigten durchaus geschätzt: «Wir ehren den Grundsätzen gebrachte Opfer materieller Interessen.» Aber «die Liebe des Vaterlandes ist unabhängig und erhaben über jedes politische Glaubensbekenntnis».⁵⁹⁾ Pfarrer Appenzeller lässt seinen befürwortenden Patrizier schreiben: «Erst in solcher Zeit findet der Patriot Gelegenheit, in edler Selbstverleugnung seine Persönlichkeit über der allgemeinen Wohlfahrt zu vergessen.»⁶⁰⁾

Auch Vernunftgründe empfehlen den Dienst am Vaterlande. Wenn der Patrizier so sehr an seinen Grundsätzen hängt, so wird etwa argumentiert, warum lässt er es denn zu, dass die politischen Extreme allein zu Worte kommen? Ist es nicht klüger zu kämpfen, als tatenlos zuzusehen? Kurz und bündig erklärt der Verwandte des Schultheissen Fischer, nachdem er den kommenden Niedergang unter den Schnell geschildert hat: «Dans une telle crise un Fischer peut sauver l'état par l'énergie de son caractère.»⁶¹⁾ Der Brief des Obersten Bontems gleicht fast einer Beschwörung. Er droht und bittet abwechselungsweise. Das Schicksal der Schweiz — gibt er zu bedenken — hängt von der in Bern getroffenen Entscheidung ab. Was wird werden, «si on écarte du gouvernement les vertus, les talents, les capacités si nécessaires à la force morale qui est aujourd'hui la seule réellement efficace».⁶²⁾ Was aber, fährt Bontems weiter, wird man dem Patriziate vorwerfen, wenn es ablehnt? Sofort werde das Gerücht herumgeboten werden, es plane Reaktion. — Zu politischer Tat anspornen sollte auch die Idee, im neuen Grossen Rate eine *O p p o s i t i o n* zu bilden. Dies war der Lieblingsgedanke der «Berner Zeitung». Fischers Vetter malt sich auf diese Weise sogar eine Rückkehr zum Alten aus. Ein Kopf wie der Schultheiss Fischer «peut faire tomber le prestige des Schnell qui les entoure».⁶³⁾ Diese Entwicklung wünschen auch Mülinen und Wattenwyl. Darum muntern sie unablässig zur Teilnahme auf. Mülinen bedauert, dass sich Fischer nicht entschlossen habe «de se mettre avec quelques amis fermes et bien pensants à la tête d'une opposition dans le grand conseil».⁶⁴⁾ Alle Unzufriedenen hätten sich ihm angeschlossen und an ihn, den einzigen gesetzlichen Halt, angeklammert. Nach nicht allzu langer Zeit wäre es gelungen, die ärgsten Jakobiner auszumerzen.

Man darf sich fragen, was die eifrigen Befürworter zu ihrem

Feldzug anspornte. Politische Erfahrung hatte daran ein Hauptanteil. Die Dienste zur Verfügung zu stellen, um Ärgeres zu verhüten, hatte sich in der Mediationszeit bewährt. Der Gedanke an eine patrizische Stosstruppe im neuen Grossen Rat taucht hier zum ersten Male auf. Er entspricht einer Gesinnung, die praktisches mit grundsätzlichem Denken zu vereinbaren weiss. Doch war der Boden zuwenig vorbereitet, als dass diese Idee damals Wirklichkeit geworden wäre. Von den ungefähr 20 Patriziern, die man von rechts und links umwarb, haben schliesslich fast alle abgelehnt. Worin liegt die Ursache? Verachtete man das Urteil geprüfter Staatsmänner? Unterzog man sich der Macht des Standes, um gesellschaftlicher Kaltstellung zu entgehen?

Wie schwer den Umstrittenen der Entschluss gemacht wurde, geht aus der beidseitigen Propagandatätigkeit hervor. In Zeiten politischen Umbruchs hemmt gesellschaftliche Verpflichtung die Entschlusskraft des einzelnen. Diese Bindung war jedoch nicht die stärkste. Andere Momente gaben den Ausschlag. Aus des Schultheissen reicher Korrespondenz lässt sich in annähernder Weise rekonstruieren, warum in der Gruppe der früher liberal denkenden Patrizier dem Ablehnen schliesslich der Vorzug gegeben wurde.

Solange nämlich die Hoffnung bestand, es entstehe eine der Mediationsverfassung ähnliche Konstitution, waren diese Patrizier bereit, eine Stelle anzunehmen. Denn sie konnten dies tun, ohne in Konflikt mit ihren Prinzipien zu geraten. Das beweisen verschiedene Schriftstücke von 1831. Nach der Abdankung vom 13. Januar schrieb Dr. Abraham Schiferli seinem Sohn: «Wir werden jetzt freilich eine demokratische Verfassung bekommen. Aber ich denke, im Personale werde kein gar grosser Unterschied sein.»⁶⁵⁾ Im März scheint sich an dieser Auffassung noch nichts geändert zu haben. Denn Tillier rechnete fest damit, dass Fischer in die neue Regierung eintreten werde. Dann aber wurde langsam bekannt, welche scharfe Forderungen die radikale Partei im Verfassungsrat durchsetzte. Das Patriziat empfand, dass seine Mitarbeit nur unter gewissen Bedingungen gewünscht werde, indem man eine Höchstzahl der im Rat anwesenden Berner festgesetzt habe (§ 43). So kam es zum öffentlichen Protest gegen das neue Gebilde in Wort und Schrift. Wenn man die rechtlichen Grundlagen dieser neuen Konstitution verwarf, dann konnte man nicht ohne den Vorwurf der Inkonsistenz an der neuen Regierung teilnehmen. So empfand es wenigstens der junge Zeerleder, der in seinem Tagebuch feststellt: «Wegen der Art, wie die Verfassungsänderung herbeigeführt wurde und

den radicalen Beschlüssen des Verfassungsrates, welcher die Repräsentanten alle auf die Kopffzahl der Staatsbürger verteilt hat, haben beinahe alle auf diese Art in den Grossen Rat gewählten Mitglieder des bisherigen Grossen Rates die Wahl ausgeschlagen.»⁶⁶⁾ Oberamtmann von Erlach von Konolfingen fand sich verpflichtet, seinen Entschluss, der übertrieben demokratischen Verfassung wegen eine Grossratsstelle nicht anzunehmen, öffentlich mitzuteilen. Schultheiss Fischer dachte ähnlich wie Erlach. Im Juli hatte er noch gehofft, das Patriziat könne durch Gegenpropaganda erreichen, dass die neue Verfassung vom Volke verworfen werde. Er glaubte, mit dem Verfassungsvorschlag, der unter dem Namen des Schultheissen von Wattenwyl zirkulierte, beim Volke Anklang zu finden. Er rechnete damals damit, «d'obtenir une majorité pour obtenir le rejet».⁶⁷⁾ Mit dieser Mehrheit hätte man dann später aufmarschieren können, «pour écarter des élections des traitres et les démagogues et pour faire de bons choix».⁶⁸⁾ Da sich aber an der Verfassungsabstimmung kaum der dritte Teil des Bernervolkes beteiligte, so gab Fischer den Kampf auf. Er glaubte, den Beweis erhalten zu haben, dass das Volk die Patrizier nicht mehr wünsche.

Nicht ausser acht darf gelassen werden, dass gerade während der Beratungen der verfassungsgebenden Behörden das Patriziat einem Hagel von ehrverletzenden Verleumdungen und Beleidigungen preisgegeben war. Der «Volksfreund» verbreitete, was im Schosse des Verfassungsrates an Schmähungen herumgeboten wurde. Liberale Flugschriften verstärkten die Wirkung und warfen die wildesten Gerüchte ins Land. Waren die Pfeile auch nur auf die verbohrtten Patrizier gerichtet, so trafen sie doch den ganzen Stand. Da sie vergiftet waren, blieben die Wunden offen und schmerzten. — Es traf die Patrizier kein Vorwurf ätzender als derjenige, sich unrechtmässig bereichert zu haben. «Ihr Sack ist ihr Vaterland, denn dort ist der Sitz des Patriotismus, des Edelsinns», rief ein unbekannter Einsender im «Volksfreund» aus.⁶⁹⁾ In veränderter Tonart lautete das: «Die ganze Lebensweisheit des Patriziats besteht darin, dass es darauf bedacht ist, wie es sich am bequemsten vom Fleisse der arbeitenden Mittelclassen mästen könnte.»⁷⁰⁾ Man scheute sich auch nicht davor, die gnädigen Herren der Bestechlichkeit und unsauberen Verwaltung anzuklagen, ja, sie der geheimen Bereicherung zu bezichtigen. So wurden im Mai und Juni handschriftliche Auszüge aus den Standesrechnungen herumgeboten. Durch Beisetzung einer Null wurden die Besoldungen höherer Stellen verzehnfacht. Vom Schultheissen Fischer wurde behauptet, er habe

seinen Hausrat auf obrigkeitliche Kosten angeschafft. Verletzend wirkten auch die Vorwürfe, die Regierung habe das Land schlecht verwaltet. So sagte man, sie habe der Verschuldung des Volkes Vorschub geleistet, um es in Botmäßigkeit zu halten; sie habe absichtlich schlechte Schulen begünstigt, da sie in der Verdummung der Untertanen ein Mittel ihrer Stärke gesehen. Das Geld habe sie ganz falsch verwendet. Sie habe es in Zuchthäuser und in den Bärengraben statt in Bildungsanstalten und Bodenverbesserungen gesteckt.

Solche Angriffe waren nicht angetan, unschlüssige Patrizier zur Annahme von Stellen zu bewegen. Gerade Ratsherr Zeerleder nahm in seinem Ablehnungsschreiben darauf Bezug: «Bei dem weitverbreiteten Misstrauen gegen die Mitglieder der alten Regierung kann ich eine Stelle in der neuen Regierung nicht annehmen.»⁷¹⁾ Im offiziellen Organ der Patrizier stand zu lesen: «Wie können solche Leute plötzlich zu Amt und Würden kommen, nachdem man ihnen im letzten Winter Herrschsucht, Willkür, Missbrauch der Gewalt, Unterdrückung der Volksbildung vorwarf?»⁷²⁾ In der «Berner Zeitung» beklagte sich Rudolf von Wattenwyl, ein Patrizier werde ärger verpönt als ein Aussätziger. Man habe seinen Stand mit Absicht zur Pariakaste stempeln wollen.⁷³⁾ Sachlich und schlicht weist auch eine Flugschrift jener Tage, betitelt «Gedanken über den Verfassungsvorschlag», auf diese wunde Stelle: «Die Mehrheit der Regenten ist tief gekränkt durch den Undank, den sie erlitten haben, durch die Stimmung, welche gegen sie in manchen Gegenden unterhalten wird. Sie weiss, dass ihnen alles übel ausgelegt wurde. Wer könnte es ihnen verargen, dass sie eine Stelle nicht annehmen?»

4. Die Annehmenden

18 Patrizier hatten eine Wahl in den Grossen Rat angenommen. Unter ihnen befanden sich drei Mitglieder des Kleinen Rates, Tscharner, Lerber und Bürki. Ihr lautes Eintreten für die Grundsätze der Demokratie und der Bruch mit den aristokratischen Einrichtungen trug ihnen grosse Volkstümlichkeit ein. Eine Reihe höherer Beamter stellten sich dem neuen Staate ebenfalls zur Verfügung: die Appellationsrichter Tillier und Daxelhofer,* der Verhörer von Wattenwyl und der Staatsschreiber May, ferner der Oberamtmann Otth in Büren. Von den übrigen hatte sich keiner bis dahin im politischen Leben einen Namen gemacht; es waren der Standes-

* Niklaus Gottlieb Daxelhofer, 1791—1872, des Grossen Rates 1822 und 1831, Appellationsrichter, 1831 Oberrichter.

buchhalter von Jenner, Oberst von Herrenschwand, Justizratsschreiber Stettler, Major von Lerber, Kriegsratsschreiber von Ernst, Professor Beat Tschärner, Friedrich Tschärner, Gutsbesitzer zu Kehr-
satz, Zinsrodelverwalter von Tavel, Wilhelm von Fellenberg, Sohn
des Emanuel von Hofwyl, und Albrecht Friedrich Tschärner.*

Unter den 40 durch Selbstergänzung des Grossen Rates Erkorenen befanden sich nur drei Patrizier: Kriegszahlmeister Viktor von Graffenried (1766—1833), Dr. med. Markus von Morlot (1790 bis 1873) und Friedrich von Luternau (1802—52), Obergerichtsschreiber, später Kirchmeier.

Eine ganze Anzahl dem Patriziate nicht angehörender Stadtbürger zogen ins neue Parlament.** Verschiedene hatten dem alten Grossen Rate angehört. In führende Stellung gelangten bald Oberstlieutenant Koch, Lehenskommissär Wyss, die Fürsprecher Bitzius, David und Bernhard Hermann und Gottlieb Wyss, Oberförster Kasthofer und Anton Simon.

Die Frage, ob man mit seinen Kräften dem neuen Staatswesen Unterstützung bieten solle, war für die Annehmenden bei weitem nicht so problematisch wie bei der ablehnenden Mittelgruppe. Die Gründe der Annahme sind recht verschiedener Art. Neben Männern,

* Ludwig von Jenner, 1789—1852. Des Grossen Rates 1822, 1831, Regierungsrat 1831—46.

Johann Anton von Herrenschwand, 1764—1835. Eidg. Oberst, befehligte 1813 in Basel eine Division, des Grossen Rates 1816, 1831.

Albrecht Friedrich Stettler, 1796—1849. Des Grossen Rates 1826 und 1831, Lehenskommissär 1834, Professor für Bundesstaatsrecht an der Universität 1841 bis 1848.

Franz Friedrich von Ernst, 1776—1856. Des Grossen Rates 1814 und 1831. Regierungsrat 1832.

Albrecht Friedrich Tschärner, 1799—1871. Des Grossen Rates 1829 und 1831. Amtsrichter 1834, der Sohn des Schultheissen.

Beat Friedrich Tschärner, 1791—1854. Des Grossen Rates 1831, Professor der Physik 1836—41.

** Es sind dies: Fürsprech Bay, Fürsprech Karl Bitzius, Karl Durheim, Dr. med. Fueter, Emanuel Gerwer, Samuel Haag, Notar Ludwig Hahn, Quartiermeister Friedr. Henzi, Bernh. und David Hermann, David Imhoof, Professor Isenschmid, Oberförster Kasthofer, Oberstlt. Karl Koch, Major Rudolf Küpfer, Rudolf Küpfer, Negotiant, Dr. med. Lindt, Friedr. Lüthard, Oberstlt. Lutstorf, Dr. med. B. Lutz, Krankenhausverwalter Messmer, Ludwig Morell, Oberstlt. Risold, Anton, Friedrich und Georg Simon, Rudolf Stämpfli, Oberstlt. Rud. Studer, Ludw. Sybold, Dr. med. Tribolet, Oberstlt. Wäber, Major Franz Wagner, Fürsprech Gottl. Wyss, Dr. jur. Abr. R. Wyss und Bierbrauer Friedrich Ziegler.

die dem Lande unter dem neuen Kurs aufrichtig dienen wollten, und solchen, die sich der neuen Bewegung aus fester Überzeugung anschlossen, finden sich welche, die um persönlicher Zwecke willen umsattelten. In der neuen Regierung machten sich diese Schattierungen bald bemerkbar. Wenige standen den Führern des liberalen Regimentes unbeirrlich zur Seite. Die meisten schlossen sich schliesslich dem Juste milieu an und wurden von den leitenden liberalen Persönlichkeiten als Abtrünnige betrachtet und behandelt.

Unter den unbedingten Parteigängern der Schnell fällt Rath Herr Karl Friedrich Tschärner auf. Über die innersten Motive, die ihn zum Eintritt in die neuen Behörden veranlassten, wird wohl nie völlige Klarheit herrschen. War er bloss ein arbeitsamer politischer Streber ohne feste Überzeugung, der Partei huldigend, die eben am Ruder war, oder hatte er sich die Bedürfnisse seiner Zeit zu eigen gemacht? Tschärner gehörte nach dem übereinstimmenden Urteil seiner Zeitgenossen während der Restaurationszeit dem rechten Flügel des Patriziates an. So schätzte ihn sowohl der französische Gesandte als auch der appenzellische Tagsatzungsgesandte Zellweger ein. Auf der Tagsatzung von 1829 vermerkte dieser in sein Tagebuch: «Tschärner spielt zum Teil den Liberalen, während er im Grunde Ultra ist.»⁷⁴⁾ Fischer nennt ihn noch 1826 ohne Umschweife den «Führer der Oppositionsgruppe im Kleinen Rat» neben Muralt.⁷⁵⁾ — Wie kam Tschärner nun zu der ihm oft vorgeworfenen Sinnesänderung? Der Wandel ist nur zu erklären, wenn man Tschärners Charakter kennt. Da sein Nachlass verschwunden ist, sind wir auf das Urteil der Zeitgenossen angewiesen. Immerhin lässt sich auch aus Tschärners Schrift einiges über seinen Charakter herauslesen. Eckig und spitzig steht sie da, senkrecht und eng geschrieben. Dicke Grundstriche sowie umständliche Anfangs- und Endschnörkel machen sie oft fast unleserlich. Sie deutet auf einen harten, unzugänglichen und starren Menschen. Und darin treffen sich die Urteile seiner Standesgenossen. Allgemein wird ihm Geistesgrösse abgesprochen. Tillier, durch Heirat sein Neffe, fällt das rücksichtslose Urteil, dass ihm «jede edle Geisteserhebung» fehle, und dass er «jedes Strebens nach einem höhern Ziele unfähig sei».⁷⁶⁾ Dagegen werden sein Geschäftsfleiss, seine Pflichttreue und sein praktisch nüchterner Verstand des Lobes würdig erachtet. Tschärner versagte als Kanzler der Akademie, als er 1817 Abraham Friedrich Mutach ablöste, und musste seinem Vorgänger das Amt wieder überlassen. Dagegen konnte er als Präsident des Justizrates Erfolge verzeichnen. Zu diesem Amte

fehlte ihm allerdings jede Vorbildung, da er bis zu seinem Eintritt in den Kleinen Rat, 1817, als Landwirt tätig war. Doch liess er sich «aufrichtig belehren, solange er noch keine entscheidende Meinung gefasst hatte».⁷⁷⁾ Er gehörte bis 1825 mehr aus Opposition gegen die beiden Schultheissen als aus prinzipiellen Überlegungen der Ultrapartei an. In seiner doppelten Stellung als Justizratspräsident und Präsident der zur Revision des Zivilgesetzbuches eingesetzten Kommission kam er in fortwährende Berührung mit Professor Samuel Schnell. Seinem nüchternen Bauernverstand, dem höhere Bildung fehlte, mögen die fremden, ihm bisher unbekannten Ideen, die Schnell vertrat, eingeleuchtet haben. Er suchte die Lücken seiner Ausbildung, die ihn bei der Ausübung seines Postens hinderten, auszufüllen. Da ging ihm der kluge Rechtsgelehrte an die Hand und gewann schliesslich einen entscheidenden Einfluss auf ihn. Tscharner teilte ihm vieles aus seiner Praxis mit, und der gewandte Professor wusste dieses Vertrauen zu benutzen, «um ihm seine eigenen Meinungen gleichsam als aus dessen eigenen Gedanken geschöpft beizubringen».⁷⁸⁾ Das Verhältnis zwischen Professor und Ratsherr war allgemein bekannt. Wusste sogar Zellweger davon, der Tscharners Abhängigkeit von Schnell tadelt.

Tscharner war also liberalen Ideen zugetan, ehe die französische Revolution eine Umstellung aus blossen Opportunitätsgründen erfordert hätte. Doch hätte dieser schwer bewegliche Mann sich nie zu so entschiedener Wendung entschliessen können, wenn ihn daneben nicht persönliche Gründe angestachelt hätten. Ein ebenso eindeutig überlieferter Charakterzug bestand nämlich in seiner Engherzigkeit und Selbstsucht. Seinen Mitmenschen gegenüber kannte Tscharner wenig Milde und Schonung. Mit beharrlicher Konsequenz verfolgte er Menschen, die ihm im Wege standen. Hass und Unversöhnlichkeit trugen dem Leidenschaftlichen deshalb manche Enttäuschung ein. Von den beiden Schultheissen wandte er sich grollend ab, da sie seinen Plänen nicht entgegenkamen. 1822 wurde ihm Ratsherr Gatschet bei der Bewerbung um die Präsidentenstelle des Appellationsgerichtes vorgezogen. 1826 hoffte er auf Beförderung zum Seckelmeisteramt. Er wurde nicht einmal in Vorschlag gebracht. Bittere Rachegefühle hegte er in der Folge gegen die beiden Mitbewerber Muralt und Fischer. Dem viel jüngeren Fischer verzieh er die Wahl zum Schultheissen nie. Da er sich mit Muralt überworfen, kehrte er der Ultrapartei den Rücken und verharrete im Schmollen. Dies trieb ihn der Revolution vollends in die Arme, da er dort seinen Ehrgeiz zu befriedigen und seine

Kräfte nützlich anzuwenden hoffte. Die Aussicht auf die erste Stelle im Staate, das Schultheissenamt, verband sich mit dem Glauben, dem Vaterlande unter der neuen, von ihm gebilligten Ordnung dienen zu können.

Im Patriziate wollte man nur Tscharners Ehrgeiz und Hass als Motive seiner Schwenkung gelten lassen. Man sah in ihm das Instrument der Schnell. Tillier, dessen Wendung zum Neuen auch anfechtbar war, traute ihm alle schlimmen Eigenschaften zu: «Er verfolgte bloss ehrgeizige Zwecke und buhlte ausschliesslich um die Gunst derjenigen, von denen er die Befriedigung seines Ehrgeizes erwarten konnte.»⁷⁹⁾ Nur Stettler versucht objektiv zu urteilen und spricht Tscharners Vaterlandsliebe und aufrechte Gesinnung nicht ab. Als gewiss darf angenommen werden, dass den Schnell selbst die Wahl eines Mannes von gutem Ruf und Brauchbarkeit vorteilhaft erschien. Sein patrizischer Name zierte hinfort die Beschlüsse der Volksregierung.

Mit Tscharners verbanden sich zwei junge Patrizier zu engster Mitarbeit mit den neuen Regenten, sein Sohn, Albrecht Friedrich Tscharners, der Amtsrichter, und Karl von Tavel, unter der alten Regierung Verwalter des obrigkeitlichen Zinsrodels. Tavels politische Laufbahn begann erst 1831. Private Quellen geben spärlichen Aufschluss über seine Gesinnung in früheren Jahren. Hans Schnell schätzte seinen Eintritt in die Regierung hoch ein: «Tavel gehört zu den Männern, die freiwillig und aus Überzeugung aus der Glorie, in der sie geboren und auferzogen wurden, hinabgestiegen sind, um freisinnige Grundsätze und Rechte des Volkes zu begünstigen!»⁸⁰⁾ Woher aber hatte der junge Patrizier, Sohn des sehr prinzipientreuen Obersten und Ratsherrn, seine freisinnigen Ideen? Sie scheinen nun doch nicht in inneren Kämpfen errungen worden zu sein. Der Anstoss war mehr persönlicher Art. Er war nämlich verheiratet mit einer sogenannten «Mômière», Fräulein von Rovéréa, einer Tochter des Obersten. Sie hatte ihn religiös sehr stark beeinflusst, so dass er sich der Bewegung der «Dissenter» anschloss, ohne jedoch dabei den alten Menschen ganz abzulegen. Da das aristokratische Regiment die Sektierer verfolgte, geriet er in Gegensatz zur Regierung. Eine Verstimmung gegen seine Standesgenossen blieb bei ihm haften. Dazu kam, dass er seiner religiösen Überzeugung wegen von der Erbschaft eines reichen freimaurerischen Onkels ausgeschlossen wurde. Als religiöser Individualist ist er sicher der neuen politischen Ideologie gegenüber aufgeschlossen gewesen.

Von keinem Zeitgenossen wird Tavel des ehrgeizigen Hinzudrängens geziehen. Er liess sich 1831 herbeiholen. Da er grosse Gaben besass, von Natur gewandt und trotz seiner methodistischen Frömmigkeit einem Hang zur Intrige ergeben war, mochte er wohl im neuen Regimente nützliche Anwendung seiner brachliegenden Kräfte erhoffen. Sein weltmännisches Auftreten, zu dem er durch Geschmeidigkeit und Schlaueit befähigt war, machte ihn den unerfahrenen Volksvertretern wertvoll. Sein Haus wurde der gesellschaftliche Mittelpunkt. Er hatte die fremden Gesandten zu empfangen.

Religiöse Überzeugung führte auch Bernhard Samuel von Goumoens, den Schwager Tavels, zu politischer Umstellung. Unter der alten Regierung war er tätiges Mitglied der Erweckungsbewegung. Auch er hatte unter dem Druck der Regierung zu leiden. So bekannte er sich lange vor der Revolution zu freieren politischen Ansichten und stellte im Grossen Räte verschiedentlich Anträge auf eine Verfassungsreform in demokratischem Sinne. Deshalb galt er als querköpfiger Schwärmer. 1831 machte er Ernst und trat aus voller Überzeugung in den Verfassungsrat. Er wurde Oberamtmann von Thun und gelangte 1833 in den Grossen Rat. Was er in schwierigen Verhältnissen verfochten, vertrat er in der neuen Ära mit gleicher Treue, doch so, dass er immer dort auf den Plan trat, wo es galt, Missgriffen zu steuern.

Eine Persönlichkeit von besonderer Kraft und Prägung war der Justizratsschreiber Albrecht Friedrich Stettler. Der Eintritt in die neuen Behörden löste fast alle Bande, die ihn an Familie und Stand knüpften. Natürlich empörte sich der Vetter Karl Ludwig Stettler aufs höchste, weil der patrizische Name geschändet werde. Er belegt ihn in seinem Tagebuche mit keinen andern Attributen als «verschoben» und «böartig verhetzt». Doch kann er beim frühzeitigen Tode des Vetters ihm Anerkennung nicht versagen: «Er war der einzige Aristokrat, der aus aufrichtiger Überzeugung, ohne Nebenabsicht, sich dem Neuen zuwandte.»⁸¹⁾ Moderne Ansichten gewann der junge Rechtsbeflissene an deutschen Universitäten, in Heidelberg und Göttingen. Er hörte bei den Anhängern der historischen Rechtsschule. Sie erklärten die Staatsformen wie Sitte, Sprache und Kunst als ein Produkt des Volksgeistes. Daraus folgerten sie, die staatlichen Einrichtungen seien nach Ort und Zeit wandelbar, ihr jeweiliger Zustand immer als Produkt eines vergangenen bestimmbar. So wurde Stettler Anhänger der Entwicklungsidee. Sie lehrte ihn, dass das Zeitalter aristokra-

tischer Staatsführung mit der Französischen Revolution ein Ende gefunden habe, und dass das Volk berechtigt sei, an der Leitung des Staates teilzuhaben. Darum sah er im Akt vom 13. Januar ein Glied in der Kette natürlicher Entwicklung. In diesem Sinne belehrte er seinen Freund Manuel: «Nachdem die Revolution erneut über Europa gebräust, kann sich das aristokratische System nicht mehr halten. Dies liegt im Zug der Zeit. Ein Umsturz war unausweichlich, denn die Erschütterungen der Grundlage unseres gemeinschaftlichen Gebäudes mussten eine Crisis herbeiführen.»⁸²⁾

Stettler sah es als Verpflichtung an, mit der Zeit zu schreiten. So wie sich Schultheiss von Wattenwyl in der Reformation dem neuen Glauben zugewandt habe, ohne auf die Bedenken des Adels zu achten, so solle auch jetzt bessere Einsicht siegen. Stettler war also bereit, um dieser Verpflichtung willen, Standes- und Familienrücksichten hintanzusetzen. Doch im Gegensatz zu weniger überzeugten Überläufern drängte er nicht zu den Ämtern. Als er im August 1831 seinen Namen in einem Flugblatte zur Wahl empfohlen sah *, da schrieb er dem Freunde Manuel: «Ich war ganz erstaunt, letzthin zu sehen, dass ich zu der Ehre gekommen bin, auf einem Verzeichnis von Kandidaten für den Grossen Rat zu paradieren.»⁸³⁾ Er liess vorerst der «Allgemeinen Schweizerzeitung» mitteilen, dass er sich gar nicht hinzugedrängt habe. Doch als nun die Wahl in Signau wirklich auf ihn fiel, da entschloss er sich, anzunehmen. Seine Überzeugung stand ihm bei diesem Entschluss nicht im Wege. Auch hatte er keine Aspirationen auf Ämter. Dagegen bekannte er sich zu Ciceros Ideal staatsmännischer Pflicht, das dieser in «de re publica» vertritt: «Der Staatsmann hat keinen andern Grund, sich dem Staate zu widmen als den, den Nichtswürdigen nicht zu gehorchen und nicht zu dulden, dass diese den Staat zu Grunde richten.»⁸⁴⁾ Er wollte Opposition gegen die Extreme aus Liebe zum Vaterlande. Darum bedauerte er, dass seine Standesgenossen «sich dem Vaterlande versagten. Denn es hätte sich ein Bund Männer im Grossen Rate gebildet, der fürs Gemeinwohl viel Gutes hätte wirken und Unglück hätte verhindern können.»⁸⁵⁾ Es blieb seine Lieblingsidee, die Standesgenossen, soweit sie noch mit ihm verkehrten, auf ihre Pflicht dem Vaterland gegenüber aufmerksam zu machen. Doch verhallte sein Ruf ungehört, und er brach mehr und mehr alle Brücken hinter sich ab. Im Grossen Rat trat er aber auf gegen die Gehässigkeiten, die seinen Stand verunglimpften. — Stettler

* Vgl. S. 167.

war 1831 wohl der aus Überzeugung liberalste Patrizier. Gegen sich selbst am gewissenhaftesten und strengsten, schonte er die Partei nicht, wo es um das Recht ging. Daher kam er auch bald in Konflikt mit den das Recht verletzenden Machthabern. Es fehlte ihm eben jene Anpassungsfähigkeit, die andere zu politischen Windfahnen machte.

Aus reiner Überzeugung dürften noch zwei weitere Patrizier den Schritt in die neue Regierung gewagt haben: Wilhelm Fellenberg von Hofwyl, der Sohn des berühmten Pädagogen, und Oberamtmann Otth in Büren. Die gemeinnützige Sinnesart und die edle Wohltätigkeit Otths waren tief liegende Grundzüge seines Charakters. Er ward zum Förderer menschenfreundlicher Unternehmungen, so der Taubstummenanstalt und der Anstalt Rüti bei Zollikofen. Freisinnige Ansichten gewann er während seines Studiums in Jena. Als Präsident der Helvetischen Gesellschaft (1823) machte er aus seiner Gesinnung kein Hehl und war später die Seele des Griechenvereins in Bern. So traf ihn der Umschwung im Jahre 1831 nicht unerwartet. Seine Grundsätze erlaubten ihm eine Mitarbeit unter andern Verfassungsformen, und so trat er in den Grossen und gleich darauf in den Regierungsrat ein. Zeitlebens blieb er gemäßigt, darum wurde er von den Schnell abgelehnt und zum Juste milieu-Politiker gestempelt. Er war keine kämpferische Natur und zog sich aus dem Regierungsrat zurück, als die Gegensätze mit der herrschenden Gruppe zu gross wurden. Als Regierungsstatthalter von Fraubrunnen wirkte er lange Jahre unangefeindet.

*

Neben Stettler haben wir eine Gruppe von Männern zu stellen, denen gerade das abging, was Stettler auszeichnete: Charakterfestigkeit und Überzeugungstreue. Mögen sie sich grosse Verdienste um den Staat erworben haben, so bleibt doch der Makel des um Ansehen buhlenden Überläufertums an ihnen haften. Gross war anfangs ihre Huldigung für die Schnell, kurz die Dauer der Freundschaft. Bald schlossen sie sich sehr eng ans Juste milieu und gehörten zu den erbittertsten Gegnern der herrschenden Männer.

Ratsherr Karl Anton von Lerber zählte im Kleinen Rate der Restaurationsregierung zu den heftigsten Ultra und ergebensten Freunden der bourbonischen Krone. Wie Tschärner war er kein Mann von Prinzipien. Sein Vater, der 1798 neuen Gedanken gehuldigt hatte, erzog ihn sicher nicht zum Reaktionär. Seine Frau,

die Tochter des helvetischen Direktors Glayre, konnte ihn auch mit liberalen Gedanken bekannt machen. Sein Bruder gar, Beat von Lerber, war ein überzeugter Anhänger der Demokratie, bevor überhaupt jemand in Bern an die Revolution dachte. Von Haus aus hätte Ratsherr von Lerber also alle Veranlassung gehabt, dem linken Flügel des Patriziates anzugehören. Sein Charakter erklärt alles. Er war masslos eitel und ehrgeizig, von einem fast krankhaften Trieb beseelt, sich einen Namen zu machen. Ein Doppelverhalten, scheinbar in sich selbst widerspruchsvoll, entfloss dieser Charakteranlage. Lerber lehnte sich immer jener Gruppe an, bei der er eine Rolle spielen konnte. Im Kleinen Rate waren die wichtigen Persönlichkeiten geschart um die beiden Schultheissen Mülinen und Wattenwyl. Ihm blieb nichts anderes übrig, als bei der Gegenpartei sein Glück zu versuchen. Einer der reichsten Berner seiner Zeit, war er der Gastgeber der reaktionären Gesandtschaftszirkel. Da hatte er wenigstens die Befriedigung, im Mittelpunkt zu stehen. Als mit der Julirevolution diese ganze Welt zusammenstürzte, da sah sich Lerber, der nicht um der Prinzipien willen in diplomatischen Kreisen verkehrt hatte, nach einem neuen Milieu um, seine Persönlichkeit zur Geltung zu bringen. — Er fand es im liberalen Lager. Deshalb das Stadtgespräch, Lerber habe den französischen Gesandten Gabriac zu den Juliordonnanzen noch beglückwünscht, sei aber der erste gewesen, den Bürgerkönig Louis Philippe anzuerkennen.⁸⁶⁾

Der andere Wesenszug erklärt sich ebenso sehr aus der Begierde, sich einen Namen zu machen. Es ist der Drang, für die Allgemeinheit tätig zu sein. So charakterisiert ihn Stettler als einen «alles Gemeinnützige ganz leidenschaftlich fördernden Mann», als «wohlmeinend und rechtlich».⁸⁷⁾ Doch muss er einschränken: «Für alles Neue mehr aus Eitelkeit, Ehrgeiz und Eigendünkel als aus vernünftiger Überzeugung eingenommen.»⁸⁸⁾ Da er sich unter der alten Regierung sehr stark für das gemeine Wohl einsetzte, kam er in Berührung mit allen in dieser Richtung wirkenden Gesellschaften und Vereinen. 1829 war er Präsident der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft. Er gehörte auch der Helvetischen Gesellschaft an. 1825 gründete er die Schweizerische Hagelversicherung. Sie hatte ihm dank seinen finanziellen Aufwendungen ihren Bestand zu verdanken. Ein Jahr darauf stellte er diesem Werk ein grosszügigeres an die Seite, die Schweizerische Mobiliarversicherung. Sein Streben war es, der Landbevölkerung neue Erwerbsquellen zu eröffnen, dem Volke nutzbare Einrichtungen zu verschaffen. So glaubte er, mit der Einführung der Seidenraupenzucht

dem Lande einen Dienst zu erweisen, erkannte die Möglichkeiten des Käseexportes und prüfte die Rentabilität artesischer Brunnen in der Schweiz. Im verborgenen teilte er manche Gabe aus, so dass seine Mildtätigkeit durch eine Menge Dankesschreiben dokumentiert wird, die sich in seinem Nachlasse befinden.

Da schien mit dem Ausbruch der Julirevolution in Europa und in der Schweiz ein neues Zeitalter anzubrechen. Lerber löste die Bande, die ihn an die Aristokratie knüpften. Es ging ihm leicht, weil er durch seine Talente und seinen Namen in der neuen Regierung höher zu steigen hoffte, als er es bei der alten gekonnt hatte, wo er trotz dem gesellschaftlichen Range sich nie grossen Einflusses rühmen konnte. Da er zudem alles, was der Allgemeinheit von Nutzen sein konnte, liebte, befürwortete er die Einführung der Volksherrschaft als Erweiterung seines gemeinnützigen Programms. Zur Erreichung seines Zieles schien ihm die neue Staatsform günstiger. Darum bedeutete ihm der Sturz der aristokratischen Regierung und der Fall des aristokratischen Prinzips kein Opfer. Man muss es ihm zugute halten, dass er gewillt war, seine gesellschaftlichen Beziehungen mit dem Patriziate abubrechen. Aber persönlicher Vorteil und gemeinnütziger Dienst waren für ihn eines geworden. Nur so wird verständlich, was Lerber in einem Briefe vom Januar 1831 schrieb: «Was das Volk in seinen Wünschen ausgedrückt, war schon tief in meinem Herzen eingewurzelt, und meine innigsten Wünsche gehen dahin, unserem biederem achtbaren Volke zu Zufriedenheit und Wohl zu verhelfen.»⁸⁹⁾ Seine Wünsche waren in der Tat seit Jahren in dieser Richtung gegangen. Nun sich dem Volke dieser neue Weg öffnete, warum sollte er es sich nicht zur Ehre anrechnen, als erster ihn zu beschreiten? Ohne Umschweife bekennt er weiter: «Ich zählte mich nie zu denjenigen, welche allfällige geniessende Vorteile und Vorrechte nicht gerne dem guten Zwecke zum Opfer bringen. Helfen werde ich dazu mit allen denjenigen, denen das Heil des Vaterlandes und nicht persönliches Interesse am Herzen liegt.»⁹⁰⁾

Von seinen Zeitgenossen wird er wie kein Patrizier mit Spott und Hohn bedacht. K. L. Stettler verschärft sein ohnehin nicht mildes Urteil. Den «total Charakterlosen und zur Niedertracht Herabgesunkenen» verachtet er aus ganzer Seele.⁹¹⁾ Tillier, der in ihm den Konkurrenten sieht, meidet ihn, weil er «mit unbedingter Hingabe an die allerwiderwärtigsten Leidenschaften des Augenblicks sich Popularität erkroch».⁹²⁾ Junge Patrizier warfen dem Abtrünnigen nachts die Scheiben ein, wobei seine Frau bald erschlagen

worden wäre. Die «Allgemeine Schweizerzeitung» und die «Berner Zeitung» druckten um die Wette Spottlieder auf ihn ab, in welchen auf Lerbers frühere Freundschaft mit dem Marquis de Moustier angespielt wurde. Zu den Sitzungen des Verfassungsrates musste er von der naheliegenden Junkerngasse, wo er sein Haus besass, in der Kutsche fahren, um nicht öffentlicher Belästigung ausgesetzt zu sein.

Des Rats Herrn Bruder, Major Franz Friedrich von Lerber, nahm ebenfalls am neuen Regimente teil und verwaltete während einiger Jahre den Amtsbezirk Interlaken. Er hatte lange Jahre in englischen Diensten gestanden. Dort kam er mit der liberalen Ideenwelt in Berührung. Da er aller Schroffheit feind war, zog er sich bald zurück.

Ludwig von Jenner trat nicht aus politischen Grundsätzen über. Seine Gesinnung ist nur dunkel erkenntlich. Doch scheint ihn ausser politischem Ehrgeiz die Verpflichtung Land und Volk gegenüber getrieben zu haben. Er wollte die Patrizier nicht völlig aus den Staatsgeschäften entfernt sehen. Diese gute Seite billigt ihm sogar Karl Ludwig Stettler zu. Jenner selbst schrieb an Karl Schnell: «Von Jugend an in der Überzeugung erzogen, dass jedermann vorerst seinem Lande angehöre, stehe ich heute nicht an, durch Annahme der mir erzeugten Erwählung die mir angewiesene ehrenvolle Bahn zu betreten, auf solange es mir in derselben möglich sein wird, die in meine Hände gelegten Interessen zu bewahren, Gutes zu tun und Böses zu verhindern.»⁹³⁾ Aus den wenigen Zeilen lässt sich Jenners Charakter näher bestimmen: Er war nie ein Mann von festen Grundsätzen. Er sagte Schnell Mitarbeit zu, nicht weil er das liberale System als gut empfand, sondern weil er gewählt worden war und dies seinen Wünschen entsprach. Immerhin wagte er, gewisse Vorbehalte zu machen. Diese hielt er aufrecht, auch als er gegen die Mehrheit stand. Urenkel Albrecht von Hallers und Neffe des gewandten Diplomaten und Finanzgenies Gottlieb Abraham von Jenner, wurde er zum Vorsteher des Finanzdepartements berufen. Da er die aristokratische Finanzpraxis weitgehend befolgte, kam er bald in Konflikt mit den liberalen Führern, welche die Freigebigkeit auf Kosten des Staates oft übertrieben. Deshalb empfanden ihn die Schnell als Widersacher.

Friedrich Ernst und Friedrich Tschärner von Kehrsatz betrieben 1813 voll jugendlichen Eifers den Sturz der Mediationsverfassung und standen mit den Waldshutern in engem Kontakt. Nun traten beide in den Grossen Rat ein und zählten

vorerst zu den überzeugten Liberalen. Tscharner vertraute man das Departement des Innern an. Friedrich Ernst rückte 1832 als Nachfolger Tilliers in den Regierungsrat. Zwei Jahre lang erscheinen sie in der Korrespondenz der Schnell als aufrichtige Liberale, da sie ihren Wünschen entsprachen. 1833 bedauern die Schnell, dass sie ins *Juste milieu* einschwenkten, und später sinnen die Liberalen auf Mittel, die beiden Patrizier aus dem Regierungsrat zu entfernen.

*

Eine Anzahl von Patriziern vollzog den Übertritt nur unter gewichtigen Vorbehalten, willens, allen Extremen die Spitze zu bieten. Sie sind mit den Vertretern der nichtpatrizischen Stadtbürgerschaft die Hauptstütze des *Juste milieu* geworden.

Ratsherr Bürki amtierte ein Jahr als Vorsteher des Baudepartementes und trat dann wegen Differenzen mehr technischer Art zurück. Das Ungewisse, das über seiner Person schwebt, lässt sich nicht abklären. Er entstammt einer Familie, die erst kurz vor 1798 das Bürgerrecht erworben hatte. Der ungeheure Reichtum seines Vaters hatte ihm die sonst verschlossene Pforte geöffnet. Er ermöglichte ihm auch die Aufnahme in die patrizische Gesellschaft. Aristokratische Grundsätze scheint Bürki nie besessen zu haben. Doch wagte er es, im Verfassungsrat energisch gegen die Kürzung der Rechte der Stadt Bern aufzutreten. — **Verhörer v. Wattenwyl** stand schon vor dem Umschwung den Gebrüdern Schnell nahe und versuchte, die Volksbewegung in gesetzlichen Schranken zu halten. Er empfand das strenge Vorgehen gegen die Dissenter und neigte ihnen mit seiner Sympathie zu. Das brachte ihn in einen gewissen Abstand zu seinen Standesgenossen. Darum nahm er nun tätigen Anteil an der neuen Ordnung, obschon dieser Schritt bei seiner Familie mächtiges Missfallen erregte. Nach wie vor vertrat er eine ruhige und gemäßigte Politik und scheute sich nicht, wenn Gesetz und Recht verletzt wurden, ungeschminkt zur Wahrheit zu stehen. Darum war er bald die Zielscheibe Schnellischer Angriffslust. Als Obergerichtspräsident stand er ihnen im Wege, und sie ruhten nicht, bis er ersetzt worden war.

Anton von Tillier leistete als Sohn eines Ultra in seiner Jugend der Partei seines Vaters Dienste. An Lerbers Gastmählern kam er mit reaktionären Kreisen in Berührung. Er brach mit ihnen nicht, obschon er sich als Schüler Samuel Schnells von den politischen Grundanschauungen seines Standes trennte. Immerhin mag

seine innere Wandlung vor 1831 weiter gediehen sein als bei seinen späteren politischen Konkurrenten Tscharner und Lerber. Das neue Rechtsempfinden ergriff ihn, so dass er den Glauben an die Privilegien verlor. Er betrachtete den Liberalismus als Fortschritt in der Entwicklung der Menschheit, den man weder aufhalten dürfe noch könne. Doch geboten geschichtliche Überlieferungen und Familientradition Einspruch gegen die logischen Folgerungen aus der liberalen Theorie. So konnte Tillier nur zu einem Kompromiss gelangen. Von den alten Grundlagen aus sollte die Entwicklung langsam aber stetig in die neue Zeit hinüberwachsen. Den wünschenswerten politischen Zustand sah Tillier in der Form einer Herrschaft der Fähigen aller Stände. Die innere Wandlung hinderte ihn nicht, vor 1830 die Ehren, welche die aristokratische Regierung zu vergeben hatte, sehnsüchtig zu erstreben. Darin glich er Lerber, dass er von einer «grenzenlosen und verruchten Leidenschaft der Eitelkeit und Ehrsucht» getrieben wurde.⁹⁴⁾ Sein Ehrgeiz liess ihn nicht ruhen. Er suchte eine Stelle im Kleinen Rat. Zu diesem Zwecke leitete er zahllose Manöver ein, wobei er nicht selten Gesinnungswechsel vorspiegelte. Dies trug ihm den Ruf des «total Charakterlosen» und «ewig Schwankenden» ein.⁹⁵⁾ Schultheiss Fischer erinnerte sich bei Tilliers Tode dessen Wahlpraktiken bei Anlass der Bewerbung um eine Stelle im Kleinen Rate und schreibt darüber an Bernhard Zeerleder von Steinegg: Er, Fischer, habe ihm damals, 1829, gesagt: «Il gagnerait bien de voix, s'il pouvait une fois se décider à prendre couleur dans une question quelconque, n'importe dans quel sens pourvu que ce fût rondement, franchement et nettement.»⁹⁶⁾

So traf ihn die Umwälzung von 1831 in doppeltem Sinne vorbereitet. Die sinkende Aristokratie, die sich seinem Ehrgeiz versagt, wollte er gerne verlassen, um sich von der Demokratie emporheben zu lassen. Da er eine Herrschaft der Gebildeten wünschte, war er gewillt, den Volksstaat, dadurch dass er an ihm teilnahm, als rechtmässig anzuerkennen. Und trotzdem schwankte er noch, weil er den Abbruch der Beziehungen mit seinen Standesgenossen fürchtete: «Ich hatte stets die Reformen auf gesetzliche Weise gepredigt, da mir die Unhaltbarkeit der früheren Zustände ganz unzweifelhaft einleuchtete. Nun wollte man dem neuen Grossen Rat feindlich entgegentreten . . . Ich konnte trotz allen Bedenken nicht ablehnen, ohne den Vorwurf der Schwäche und Inconsequenz auf mich zu ziehen.»⁹⁷⁾

Der von Tillier erträumte Zustand wurde nicht verwirklicht.

Deshalb schloss er sich der Opposition gegen die Schnell an und kämpfte hinfert für eine überholte Kompromisslösung. Weil er an den gesellschaftlichen Vorteilen seines Standes hing, war er bei den Machthabern bald als Aristokrat, der Stand und Namen betonte, verpönt. So verpasste er auch hier den Anschluss und musste die Ergebnislosigkeit seiner Vermittlungspolitik einsehen. Nicht anders als im alten Staat wandte man sich von ihm ab als einem Haltlosen, Zweideutigen, Widerspruchsvollen. Er verlor bald das Zutrauen aller Parteien. 1832 fühlte er sich bewogen, aus dem Regierungsrat auszutreten. Als Diplomat fand er zwar noch oft Verwendung, und im Grossen Rat setzte er seinen Kampf fort.

Staatsschreiber Albrecht Friedrich May brachte das notwendige Rüstzeug mit, um als Oppositionspolitiker aufzutreten. Seine Jugend hatte er zum Teil an deutschen Universitäten zugebracht. Darum begrüßte er die Kräfte, welche in der Helvetik zum Durchbruch kamen. Schon damals setzte er sich in Gegensatz zu Verwandten und Freunden, als er mit seinen Gesinnungsgenossen Fellenberg und Steck eine Anstellung annahm. In der Mediation und Restauration verleugnete er seine freien politischen Grundsätze nicht und galt vielen als unangenehmer Querulant. Über die Standfestigkeit des restaurierten bernischen Staatsgebäudes gab er sich keinen Illusionen hin. Er war überzeugt davon, dass sich der neue Geist nicht werde aus der Welt schaffen lassen. Deshalb befürwortete er ein zeitgemäßes Fortschreiten. Unter Fortschritt verstand er allerdings keinen schroffen Bruch mit der alten Zeit, sondern eine allmähliche natürliche Entwicklung.

Da entstand im Herbst 1830 die Volksbewegung. Sie schwoll zum gewaltsamen Umsturz an, dem das alte Regime zum Opfer fiel. May verurteilte den allzu plötzlichen Riss. Als Anhänger des Entwicklungsgedankens musste er dies. Aber als Verfechter dieser Theorie fühlte er sich auch berufen, der neuen Zeit seine politische Erfahrung zur Verfügung zu stellen. Als Feind der Extreme nahm er eine Wahl in den Verfassungsrat an. «Ächt vaterländische Gesinnung, die Kräfte für das allgemeine Beste zu opfern», veranlasste ihn zu diesem Schritt.⁹⁸⁾ Mit dem gleichen Eifer, mit dem er früher gegen die Reaktionäre und für den Fortschritt eingestanden, sagte er den allzu stürmischen Neuerern den Kampf an. Durch und durch wahrhaft und aufrichtig, mutig und durch keine Rücksichten gehemmt, wagte er für Recht und Gesetz, für Unterdrückte und Verfolgte immer einzustehen. So war er berufen zur geistigen Führerstellung im neuen Grossen Rat, zum gefürchteten Antagonisten

der Schnell, Neuhaus und Jaggi. Dass May dem Patriziate einen Dienst erwies, sahen seine Standesgenossen bald ein. Nur kurze Zeit erhob die «Allgemeine Schweizerzeitung» Vorwürfe gegen ihn. «Keinem», sagt Stettler, «wurde der Eintritt in die neuen Behörden weniger verübelt als May.»⁹⁹⁾

Ein vielgestaltiges Bild ergibt sich aus der Prüfung der vielen offiziellen und privaten Quellen. Selten sind unter den Patriziern, die an uns vorübergegangen sind, Männer, die ohne Nebenabsichten und ehrgeizige Zwecke gehandelt haben. Wenige sind es, deren Gesinnungswechsel ganz aufrichtig war. Den meisten wurden grosse Ehren zuteil am Anfang, bitterer Hass am Schluss ihrer politischen Laufbahn. Selten war ihrem Schaffen eine nachhaltige Wirkung beschieden. May und Stettler sind wohl die würdigsten Vertreter ihres Standes im neuen Regiment, Männer aus einem Guss, Kämpfer für Recht und Gerechtigkeit.

*

Innerhalb des Patriziates waren die aufmunternden Stimmen für die Übertretenden selten. Wer sich aus Überzeugung und Vaterlandsliebe dem Neuen widmete, durfte nicht auf Anerkennung hoffen. Das Urteil war fast durchwegs gegen alle gerichtet, welche ein Amt oder eine Anstellung in der demokratischen Regierung angenommen hatten. Nur ältere Magistrate sprachen sich befürwortend aus; so der Schultheiss von Mülinen und alt Ratsherr Ludwig Zeerleder, der anerkennend äusserte: «Je suis très obligé à tous les honnêtes gens qui ont voulu ne pas refuser et je crois qu'ils rendent un vrai service à la patrie. Il y a dans le nouveau régime plusieurs personnes, Mr. de Tavel et Jenner qui feront leur possible pour empêcher le gaspillage.»¹⁰⁰⁾ — Sonst war das Verdammungsurteil einheitlich. Es beschränkte sich diese ablehnende Haltung nicht allein auf die Geringschätzung und Verachtung, mit welcher man die Abtrünnigen behandelte. Ein förmlicher Hagel von Spottliedern ergoss sich über sie. Meistens wurde mit den Untreuen jeder Verkehr abgebrochen.

Tillier, der die gesellschaftlichen Vorteile seines Standes liebte, empfand diese Kaltstellung mit tiefem Unmut. Seine Altersgenossen und Freunde, gar seine Verwandten wollten nichts mehr mit ihm zu tun haben. Ein «Leist», dem er seit Jahren angehört hatte, löste sich plötzlich auf. Einige Tage darauf wurde er, ohne dass man ihm davon Mitteilung machte, neu konstituiert. Seiner Frau gab man zu

verstehen, dass man ihn in Zukunft bei festlichen Anlässen nicht mehr erwarte. Gleich einige Tage darauf beging man die Taktlosigkeit, seine Frau ohne ihn an einen grossen Ball im Erlacherhof einzuladen. In den Lauben, in der Stadt wurde er von niemandem mehr gegrüsst. Das nötigte ihm einen tiefen Seufzer ab: «Wir wurden als Aussätzige, wo nicht als Verbrecher behandelt.»¹⁰¹⁾

Der alte Stettler war einer der hartköpfigsten Verfechter aristokratischen Wesens. Er hasste deshalb die Überläufer und befürwortete den Antrag, alle Abtrünnigen aus der «grande société» auszuschliessen. Von diesem Zentrum geselligen Lebens wurde die Parole ausgegeben, die Ungetreuen an keine Bälle, noch gesellschaftliche Anlässe mehr einzuladen, geschweige denn, dass man je noch die Schwelle ihrer Häuser betreten hätte. Beinahe schadensfroh notierte Stettler im Dezember 1831, dass Landammann von Lerber, der ein grosses Haus führte, eine Abendgesellschaft eingeladen habe, bei der man aber, ohne abzusagen, überhaupt nicht erschienen sei. «Wie sehr diese Ausstossung auch einen Tscharner und Wattenwyl kränken muss, ist leicht zu ermessen», schloss er seinen Eintrag.¹⁰²⁾ Noch heftiger war der Hass der Damenwelt gegen die Abtrünnigen.

Die auf solche Weise Getroffenen und mit Unversöhnlichkeit Verfolgten liessen Hass und Rache in ihren Herzen frei wuchern. Fischer fühlte voraus, was für Konflikte aus dieser vergifteten Atmosphäre erwachsen mussten und klagte dem Botschafter von Effinger in Wien: «Il n'y a rien de plus fanatique que les rénégats.»¹⁰³⁾ Einige Wochen später hatte er die Ausbrüche dieses Hasses selbst zu spüren. Die übergelaufenen Patrizier liessen es geschehen, dass ihre Standesgenossen von den Liberalen verfolgt wurden. Je mehr sie unter der gesellschaftlichen Verfemung litten, desto schärfere Massnahmen schlugen sie vor. Dazu kam noch, dass ihnen von den neuen Männern Beifall gezollt wurde, wenn sie die alte Regierung und den aristokratischen Staat verurteilten. Etliche vermeinten auch, sich auf diese Weise Popularität zu erwerben.

Die Patrizier begnügten sich nicht, ihre Standesgenossen durch unversöhnliches Verhalten zu strafen. Auf den Landgütern mussten die Dienstboten der Demokratie Feindschaft schwören. In der Stadt wurden Handwerker übergangen und Kaufläden gemieden, deren Inhaber der Demokratie huldigten. Jungfer Julie von Graffenried schrieb ihrer Cousine, Frau von Tavel-von Wagner, nach Frutigen: «En payant les comptes on mettait tout court: «zum letzten Mal»; on ne le pardonnerait jamais.»¹⁰⁴⁾

Wohl war der Riss zwischen Patriziern und Liberalen sehr tief. Trotzdem bedauerten einsichtige Politiker bald nach den Wahlen, dass sie die Stellen im Grossen Rate nicht angenommen hatten. Darum liessen sie die Vorwürfe den Überläufern gegenüber allmählich verstummen. Schultheiss Fischer dachte an die Warnungen seiner Kollegen Wattenwyl und Mülinen und erhob gegen sich selbst Vorwürfe. Er bedauerte die Abdankung vom 13. Januar, an deren Stelle man hätte den Entschluss fassen sollen, die Reform selbst an die Hand zu nehmen, «ainsi que l'a essayé le gouvernement de Zurich».¹⁰⁵⁾ Vor allem aber gestand er «qu'on a commis la faute grave de s'abstenir du nouvel ordre de choses».¹⁰⁶⁾ — Ähnlich erging es dem Oberamtmann Effinger von Burgdorf, der das ablehnende Verhalten des Patriziates als «verhängnisvollen Irrtum» beklagte.¹⁰⁷⁾ Doch war diese Einsicht weniger stark als die Treue zur Überzeugung.

5. *Das Echo auf das Verhalten des Patriziates*

Die Liberalen sprachen sich über die Ablehnungen verschieden aus. Es gab Enttäuschte, die den Ausgang der Wahlen beklagten. Zum grossen Teil gehörten sie dem *Juste milieu* an. Sie hatten gemeint, die Umwälzung sei eine Renovation und verschaffe ihnen eine gesicherte Machtstellung. In der Beteiligung der Patrizier sahen sie ein Gegengewicht gegen die «jacobinische Revolution», gegen die ländliche Übermacht.¹⁰⁸⁾ — Im «Volksfreund» gab man gelegentlich der Enttäuschung auch Ausdruck: «Wie schön wäre nun gegenseitiges Entgegenkommen, Vergessen des Geschehenen und alleinige Berücksichtigung des allgemeinen Wohles mit gänzlicher Beiseitsetzung aller eigenen Interessen?»¹⁰⁹⁾ Doch gleich darauf erging eine Flut von Schmähungen über die politischen Gegner. Nur ein Grund kann die Herren abhalten, am neuen Staate teilzunehmen: «Sie hoffen, dass das Ganze bald zusammenbreche und sie wieder ans Ruder kommen können.»¹¹⁰⁾ Daraus entwickelte der «Volksfreund» den Vorwurf der Pflichtvergessenheit, der Eigennützigkeit und rechnete ihnen die Ablehnung der Wahl als «Mangel an Vaterlandsliebe und Feindschaft zum Land» an.¹¹¹⁾ — Das Organ des *Juste milieu* nahm die Angegriffenen in Schutz: «Den Grund, die Regierung in Hilflosigkeit zu lassen, vermögen wir nicht anzugeben. Denn es lässt sich nicht denken, dass Männer den Staat untergehen lassen wollen, bloss, um wieder selbst ihre eigene Meinung triumphieren zu lassen!»¹¹²⁾ — Fischer und andere Patrizier haben sich in der Folge gegen solche Missdeutungen verwahrt. In

der Abschiedsrede vom 21. Oktober tat es Schultheiss von Wattenwyl öffentlich: Privat zeichnete Fischer auf: «Der ist kein Patrizier, dem nicht das Vaterherz im Busen für sein Land und dessen Zukunft schlägt.»¹¹³⁾

Beide Teile mögen damals unrichtig empfunden haben. Es bestand eben von Anfang an ein Widerspruch zwischen dem Anspruch, den die neuen Machthaber an die Patrizier erhoben, und der Rolle, welche das Patriziat hätte spielen wollen. Denn die Liberalen nahmen mit offenen Armen nur Patrizier an, die sich ihnen völlig anghen und die Grundsätze der neuen Zeit anerkannten. Nur wer sich den Schnell unbedingt anschloss oder als guter Verwaltungsmann unentbehrlich war, Jenner als Finanzverwalter und Tavel als Diplomat, blieb persona grata. Dagegen war die Opposition, deren Leiter May und Wattenwyl waren, bitteren liberalen Anfeindungen ausgesetzt. Schon im Februar 1832 wurde auf zwei junge sehr tüchtige Departementssekretäre, Zeerleder und Stürler, der Angriff eröffnet, weil deren Väter «wütende Feinde unserer neuen Verfassung sind».¹¹⁴⁾ — Bei den Grossratswahlen von 1835 wurden mehrere Patrizier nicht mehr gewählt. Aber die Zeitungen sprachen weiterhin von «Unverbesserlichen, die die auf sie gefallenen Wahlen rund ausschlugen, einige sogar in sehr beleidigenden Zuschriften an ihre Wähler. Sie hofften dabei, die Regeneration in der Geburt zu ersticken. Die armen Tröpfe bildeten sich nämlich ein, dass ohne sie der Staatswagen nicht gehen könne».¹¹⁵⁾ Zwei Wochen später wurde noch einmal ein Verweis erteilt: «Die Geschichte wird den Hohn strafen, den die volksfeindlichen Häuptlinge der arglosen Gutmütigkeit der Wähler entgegengesetzte.»¹¹⁶⁾

Heute, nach mehr als hundert Jahren, sehen wir all diese Ereignisse in einem andern Lichte. Die vielen Quellen, die angesprochen wurden, vermitteln in vielen Beziehungen ein anderes Bild, als es noch bis in die neueste Zeit gegolten hat. Der Biograph des Schultheissen Neuhaus, Carl Burckhardt, übernahm einfach den von Tillier geprägten Ausdruck vom «Selbstmord des Patriziats». Zwei der besten Kenner bernischer Art, der Dichter Rudolf von Tavel und der Historiker Hans Bloesch, haben ein Urteil gefällt, das im Vergleich mit den Quellen nicht mehr ganz aufrechterhalten werden kann. Wollen wir das Verhalten der Patrizier verstehen, so müssen wir berücksichtigen, dass sie von einer Grundsatztreue beseelt waren, wie wir sie heute nicht mehr allzuoft antreffen. Sie erachteten es als höhere Pflicht, ihren Prinzipien treu zu bleiben, als sich dem neuen Staate zur Verfügung zu stellen. Ein Mann wie der Oberamt-

mann von Tavel fühlte sich Gott gegenüber verpflichtet, sich vom Satanswerk der Revolution fernzuhalten. Nur Patrizier wie May und Friedrich Stettler, die sich die demokratischen Ideen durch Studium schon weitgehend zu eigen gemacht hatten, konnten diese Kluft überwinden. Die Ehrgeizigen wie Tscharner und Lerber kostete es wenig Mühe, ins Lager der Liberalen abzuschwenken. Erst nach Jahren, als die ablehnenden Patrizier erkannten, dass Grundsätze, auch wenn sie historisch begründet sind, sich wandeln müssen, da waren sie bereit, einzulenken. Erst als sie diese geschichtliche Erkenntnis gewonnen hatten, da fügten sie sich in das Unabänderliche des geschichtlichen Rollens. Nicht alle! Karl Ludwig Stettler blieb bis an sein Lebensende, 1858, davon überzeugt, dass die revolutionäre Pest eines Tages ausgerottet werde. —

VIII. Zusammenstösse zwischen Regierung und Patriziat

1. Die Regierungsübernahme durch die neuen Behörden

Am 21. Oktober 1831 sollte die neugewählte Regierung die Gewalt übernehmen. Am 10. Oktober beschloss der Kleine Rat, zum Abschluss seiner Tätigkeit einen «Bericht über die Staatsverwaltung seit dem Jahre 1814» herauszugeben. Die Patrizier hofften, diese Übersicht werde das «redliche Bestreben der Regierung beurkunden, für das Wohl des ihr während dieses Zeitraumes anvertrauten Landes» gesorgt zu haben.¹⁾ Der Bericht wurde in allen Kirchgemeinden verteilt.

Am 20. Oktober versammelten sich Rät und Burger, um Abschied zu nehmen. In der Rede des Amtsschultheissen von Wattenwyl sind die Gefühle des scheidenden Patriziats ausgedrückt. Tiefer Schmerz klingt durch; und dennoch ist sie durchdrungen vom Empfinden der Liebe und Treue zum Volk, um dessetwillen die Patrizier gewirkt hatten, zu dessen Wohlergehen sie jetzt die Gewalt niederlegten. Die bernische Aristokratie erschien zum letzten Male als Trägerin des bernischen Staates, den sie grossgezogen, verklärt durch die Überlegenheit der Sprache ihres Hauptes. Wattenwyl anerkannte den Beginn einer neuen Zeit. Er drückte die Hoffnung aus, die neuen Regenten möchten das Land «mit ebenso reinen Absichten regieren als Ew. Gnaden sich schmeicheln dürfen, es getan zu haben».²⁾ Und trotzdem tönte aus seinen Worten die stille Hoffnung, es möchte noch einmal eine Rückkehr zur alten Zeit geben.